

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung -

der 6. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 8. März 2012, 14.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Anhörung von Auskunftspersonen, im Einzelnen:	1 - 40
- Frau Prof. Barbara John Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen der sog. Zwickauer Zelle und Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Landesverbandes Berlin	
- Frau Martina Linke Expertin der Opferhilfe-Organisation „Weißer Ring“ zu Fragen des Opferschutzes und der Begleitung in Strafverfahren	
- Frau Christina Büttner Mitarbeiterin der mobilen Opferberatungsstelle „ezra“	

gemäß Beweisbeschluss A-1

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 8. März 2012, 14:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binniger, Clemens		Hahn, Florian
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin	
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	
Högl, Eva, Dr.		Özoguz, Aydan	
Rix, Sönke		Kolbe (Leipzig), Daniela	
FDP		FDP	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra		Petermann, Jens
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

Stand: 25. Januar 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

Donnerstag, 8. März 2012, 14:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BZfSEH	B. Köhler	Referentin	B. Köhler
BKAkt	F. Pfleger, M.	Ministerialrat	
BMI	Grefenow	Ministerialrat	
BSW	Schwarz	Ministerialrat	
BMI	Reinhold	Ministerialrat	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
NITZSCHE	Juliane	RR'in	Rheinland-Pfalz
D. Fahrenw.	F. Fahrenw.	Blaumhage	KW
Mathies	Mathies	Pr	NRW
Schlöcherer	K. Schlöcherer	Praktikantin	Niedersachsen
Müllerbach	Müllerbach	RD'in	TH
Stuhr	Stuhr	RR'in	SL
Köbele	Köbele	Ministerialdirektor	Bayern
Falk	Falk	RR	Sachsen

(Beginn: 14.07 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf hiermit die 6. Sitzung dieses Untersuchungsausschusses eröffnen. Es ist die erste öffentliche Sitzung.

Der Ausschuss hat vor wenigen Wochen seine Arbeit aufgenommen. Wir haben innerhalb sehr kurzer Zeit bereits 100 Beschlüsse gefasst, die allermeisten davon bezüglich der Anforderung von Akten, von Beweismaterial, das wir für unsere Arbeit benötigen, und zwar aus dem Bereich der Bundesregierung, von Bundesbehörden, aber auch aus dem Bereich der Länder. Diese Akten erwarten wir in den kommenden Wochen, um spätestens Ende April, das heißt nach der Osterpause des Deutschen Bundestages, in die Vernehmung von Zeugen eintreten zu können.

Der Ausschuss ist fraktionsübergreifend übereingekommen, die Zeit bis dahin für Koordinierungsgespräche zu nutzen - ein solches haben wir zum Beispiel heute Vormittag mit der Bund-Länder-Kommission und in der letzten Woche mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem thüringischen Untersuchungsausschuss geführt -, aber auch für Sachverständigenanhörungen, in diesem Monat insgesamt drei.

Die heutige Sachverständigenanhörung beschäftigt sich mit einem Teil unseres Untersuchungsauftrages. In dem Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages heißt es unter anderem:

Der Untersuchungsausschuss soll ... prüfen, ... ob und wie bei Ermittlungsmaßnahmen Leid für die Opfer von extremistischen Straftaten und deren Angehörige wirksamer vermieden werden muss und kann; ob und wie die Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt in allen Bereichen (Repression, Prävention, Sensibilisierung der verantwortlichen Stellen) verbessert werden muss und kann.

Wir hatten heute Morgen neben der Bestimmung eines Ermittlungsbeauftragten, der uns bei der Sichtung der Akten helfen soll, die wir benötigen, insbesondere solcher, die sich zurzeit bei der Generalbundesanwaltschaft befinden, die Gelegenheit - eine traurige Gelegenheit -, die drei gefundenen Videos der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ zu sichten. Wir haben das in nichtöffentlicher Sitzung gemacht, weil wir -

ich glaube, zu Recht - der Auffassung waren, dass diese Videos Sequenzen beinhalten, die von einer Abgründigkeit zeugen, die sich viele nicht haben vorstellen können, nicht nur hier im Bereich der Politik, auch im Bereich der Öffentlichkeit.

Dieser Untersuchungsausschuss ist eingesetzt worden, um aufzuklären, wie es sein konnte, dass sich eine rechtsterroristische Gruppe über Jahre hinweg rassistisch mordend und Raubzüge begehend durch die Republik bewegen konnte, ohne dass ein rechtsextremistischer Hintergrund, der all diese Morde miteinander verbunden hat, erkannt wurde. Das ist die zentrale Aufgabe. Aber es ist nicht die alleinige Aufgabe. Ich glaube, es ist angemessen und auch richtig, wenn wir uns - neben vielen Sitzungen, die folgen werden und die wir dem Handeln der Täter werden widmen müssen - in der ersten öffentlichen Sitzung mit der Situation von Opfern bzw. mit der Situation von Angehörigen von Opfern von Rechtsextremisten beschäftigen.

Die heutige Sachverständigenanhörung ist wie folgt geplant: Wir haben Frau Professor Barbara John zu Gast, die Ombudsfrau der Bundesregierung für die Kontakte insbesondere zu den Hinterbliebenen, aber auch zu den Opfern des Kölner Anschlags. Und wir haben Frau Martina Linke vom „Weißen Ring“ und Frau Christina Büttner von der mobilen Opferberatungsstelle „ezra“ in Thüringen zu Gast, die dort - von mir aus gesehen rechts im Außenring - sitzen und sich dann später im Laufe unserer Sitzung neben Frau John setzen werden, weil wir die Sachverständigenanhörung mit Frau John beginnen wollen.

Ich will nur noch einige formale Anmerkungen machen, bevor wir dann in die Anhörung einsteigen können.

Ich darf darauf hinweisen, dass von dieser Anhörung eine Tonbandaufnahme gefertigt wird, die ausschließlich dem Zweck dient, die spätere Erstellung eines stenografischen Protokolls zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach der Fertigstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll der Vernehmung wird in diesem Fall den Sachverständigen - in anderen Fällen den Zeugen - nach Fertigstellung zugestellt. Es besteht dann innerhalb von zwei Wochen die Möglichkeit, dazu Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen, sofern sie natürlich den Kern dessen, was da festgehalten worden ist, nicht entstellen.

Ich habe bereits vorhin darauf hingewiesen: Ton- und Bildaufnahmen sind unzulässig. Das gilt übrigens auch für solche Aufnahmen, die nicht mit Kameras, sondern mit entsprechend ausgerüsteten Handys gemacht werden. Auch die Benutzung von Handys, die als Telefone genutzt werden, ist unzulässig. Ich möchte Sie bitten, Ihre entsprechenden Gerätschaften nun auszustellen.

Wir kommen zum **einzigen Punkt der Tagesordnung:**

Anhörung von Auskunftspersonen, im Einzelnen:

- Frau Prof. Barbara John
Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen der sog. Zwickauer Zelle und Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Landesverbandes Berlin
- Frau Martina Linke
Expertin der Opferhilfe-Organisation „Weißer Ring“ zu Fragen des Opferschutzes und der Begleitung in Strafverfahren
- Frau Christina Büttner
Mitarbeiterin der mobilen Opferberatungsstelle „ezra“

Ich würde Frau John nun bitten - das ist grob miteinander abgestimmt -, zum gegenwärtigen Stand ihrer Arbeit und auch zu dem, was sie uns darüber mitteilen kann, hier Auskunft zu geben. Wir würden dann in eine Befragung der Sachverständigen eintreten.

Frau John hat einen kurzen zusammenfassenden Vermerk vorgelegt, der, so denke ich, sowohl hier im Ausschusssaal als auch auf der Tribüne verteilt werden kann. Darum würde ich jetzt das Sekretariat bitten.

Frau John, Sie haben das Wort.

Auskunftsperson Barbara John: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte mich zuerst bei Ihnen, den Mitgliedern des Bundestages, auch im Namen der Opfer bedanken, dass Sie am Beginn Ihrer Arbeit den Blick auf diese Familien richten. Das empfinden viele als eine Aufmerksamkeit, die sie auch brauchen. Sie sind ja jahrelang, manche ein Jahrzehnt lang alleingelassen worden, nicht nur das: Sie sind eigentlich aus dem Kreis der Anständigen ausgeschlossen worden, indem man sie selbst verdächtigt hat, die Taten in irgendeiner Weise mitverursacht zu haben. Ich glaube, wer sich

in eine solche Situation einfühlen kann, der weiß, was es bedeutet, dass sich das nun wieder umkehrt, so wie es eigentlich immer war, aber nicht wahrgenommen wurde.

Ich habe Ihnen hier auf der einen Seite einfach kurz vermerkt, was ich denke, was meine Aufgabe ist - auch in Abstimmung mit den Ministerien, die mich beauftragt haben - und wie der Stand ist. Und ich habe Ihnen einige Empfehlungen aufgeschrieben. Die Frage ist, ob ich das jetzt noch einmal ganz kurz vortragen soll, Herr Vorsitzender. Sie alle haben das ja vor sich liegen. Insofern paraphrasiere ich das jetzt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Auskunftsperson Barbara John: Ich bin jetzt etwa zwei Monate mit dieser Aufgabe beschäftigt. Es begann am 20. Dezember, und ich habe dann am 21. einen ersten Kontaktbrief an 66 Adressen geschrieben. Das sind einmal die Opfer der Kölner Anschläge. Sie wissen, es gab bereits im Jahr 2001 einen Anschlag, dem eine Familie zum Opfer fiel, und dann einen im Jahr 2002, in dem es 22 Personen waren. Dazu gehören auch Angehörige. Von 2000 an waren es auch die zehn Familien, die einen Menschen zu beklagen hatten: einen Sohn, eine Tochter, einen Bruder, eine Schwester, einen Ehepartner und häufig natürlich auch ein Enkelkind.

Es handelt sich um etwa 70 Personen, mit denen ich Kontakt aufgenommen habe und die mit mir Kontakt aufgenommen haben. Es gibt eine Familie, zu der ich nur an der Peripherie Kontakt habe. Das ist die Familie Turgut, die im Osten der Türkei lebt. Von der haben wir zwar Adressen, aber die Briefe sind bisher immer zurückgekommen. Ich habe mich jetzt noch einmal mit dem türkischen Botschafter in Verbindung gesetzt. Er hat mir versprochen, mir die genauen Adressen zu beschaffen, sodass wir mit ihnen in unmittelbaren Kontakt treten können. Ich beabsichtige, möglicherweise dahin zu fahren.

Wie verstehe ich meine Aufgabe, auch in Absprache mit den Ministerien? Es ist eine Aufgabe, die sich auf die persönlichen Nöte und auf die Anliegen der Opfer richtet: gesundheitliche Probleme, soziale, kulturelle, rechtliche, materielle, berufliche. Um das etwas deutlicher zu machen: Die zweite Generation, die Kinder, sind durch diese Taten häufig aus dem Studium herausgerissen

worden und haben dann, nachdem sie einige Jahre pausiert haben, ein weiteres Studium aufgenommen. Es fällt aber das BAföG weg, wenn man die Studienrichtung ändert oder das alles zu lange dauert. In einem Fall muss nachts gearbeitet werden, damit man tagsüber studieren kann. Ich will jetzt nicht zu sehr ins Detail gehen. Das sind eigentlich banale Fragen, die natürlich auch andere Menschen haben. Aber bei diesen Opfern hängt es in der Regel mit den direkten oder indirekten Folgen dieser Verbrechen zusammen. Deswegen sind das für mich auch Anliegen, die Gewicht haben und denen wir natürlich nachgehen sollten.

Ich weiß, dass es nicht ausreicht, dass ich irgendeine Verbindungsstelle in einem Ministerium, in einer Landesregierung oder in einer Kommune habe. Das ist gut und schön. Sie alle kennen die Bürokratie in Deutschland - aber nicht nur in Deutschland, das ist ein weltweites Problem -, wo die Dinge auf einen Haufen gelegt und dann abgearbeitet werden. Es ist gut, dass die dann irgendwann einmal abgearbeitet werden. Aber die Menschen, mit denen wir es hier zu tun haben, warten seit Jahren darauf, dass in bestimmter Weise etwas geschieht. Also geht es mir darum, eine ergebnisorientierte und praxisorientierte Hilfe zu leisten.

Noch ein Beispiel, damit Sie verstehen, wovon ich spreche: Die Opfer der Ermordeten haben eine Entschädigungssumme aus dem Justizministerium, aus dem Opferfonds für rechtsextremistische Taten, von 10 000 Euro bekommen. Einige von ihnen müssen dennoch Grundsicherung in Anspruch nehmen. Das bedeutet: Bei der Grundsicherung werden natürlich die Bankunterlagen, die Konten überprüft. Die Kontenblätter müssen vorgelegt werden. Da steht dann als Eingang eine Summe von 10 000 Euro. Das bedeutet, sie haben noch 10 000 Euro auf dem Konto. Das kann man doch vielleicht miteinander verrechnen. Also brauchen wir möglichst eine verbindliche und schriftliche Auskunft, dass dieses Geld unter keinen Umständen für Transfergelder belastbar ist. Diese Auskunft gibt es bisher nicht. Das heißt, ich muss mit den Jobcentern verhandeln - das ist mühselig, weil Jobcenter elektronische Festungen sind; da kommt man normalerweise mit einem Telefon gar nicht ran -, damit in den nächsten Wochen überhaupt etwas Geld an einige dieser Betroffenen fließt. - Damit soll es genug sein.

In dieser Preisklasse bewegen sich die Probleme, die aber für die Opfer selber und die Opferangehörigen häufig ganz unlösbar sind. Das ist die Arbeit, die ich vor allem mache, abgesehen davon, dass wir natürlich auch mit anderen in Verbindung sind, um strukturellere Probleme zu lösen.

Ich habe Ihnen auch aufgeschrieben, welche Probleme sich stellen; einige habe ich schon genannt. Es gibt Bedarfe, Wünsche - neben A bis W, nenne ich das jetzt einmal -, zum Beispiel: Mein Aufenthaltstitel ist schwach. Ich brauche einen besseren. Ich möchte unter Hinnahme von doppelter Staatsbürgerschaft gerne eingebürgert werden, weil ich mich jetzt nicht entscheiden kann. Für mich wäre die türkische Staatsbürgerschaft, die ich habe, auch eine Sicherheit. - Ich glaube, das ist verständlich. Da kommt wenig infrage. Der § 12 des Staatsangehörigkeitsgesetzes lässt das nicht zu, aber vielleicht der § 8. Das muss durchgekämpft werden. Wir brauchen Stipendien für diejenigen, die kein BAföG mehr bekommen und, und, und.

Es gibt aber auch - abgesehen von den Problemen, die die einzelnen Familien haben; jede Familie hat ihr eigenes Hilfeprofil - allgemeine Probleme, die immer wieder genannt worden sind, zum Beispiel: Wir möchten unbedingt in die laufenden Ermittlungsergebnisse einbezogen werden. Wir haben aus der Zeitung erfahren, dass nicht wir oder die Mafia, die mit uns verbunden sein soll, die Täter sind - das hat man uns ja monatelang, wenn nicht länger, eingeredet -, sondern dass es Rechtsextremisten waren. - Davon haben sie aus der Zeitung erfahren. Bei manchen Familien hat sich dann nach fünf oder vielleicht zehn Tagen einmal ein Beamter gemeldet, der gesagt hat: Haben Sie denn schon gehört? - Natürlich hatten sie das schon gehört, aber nicht von einem, der vorher tagtäglich die Schwelle bei ihnen überschritten hat, sondern von jemandem, der sich später dahin begeben hat.

Ein Wunsch, der immer wieder genannt wird, ist: Wir möchten - das ist natürlich ein allgemeiner Wunsch - in einer Gesellschaft leben, die offen ist, die diskriminierungsfrei ist, die Rassismus nicht kennt. - Wer würde das nicht unterstützen? Sie möchten, dass es Gedenkkarte für ihre Angehörigen gibt, damit es Aufmerksamkeit gibt, damit sie da trauern können, aber auch damit dieses Verbrechen im kollektiven Gedächtnis bleibt. Das ist für sie ganz wichtig.

Aber es werden auch aktuelle Ängste über spürbare Fremdenfeindlichkeit geäußert, zum Beispiel - ich nenne hier ein Beispiel; das ist nicht das einzige - aus einer Berufsschule in Köln, wo Rechtsradikale oder, sagen wir, Jugendliche, die rechte Sprüche drauf haben, eines der Opfer täglich mit „Heil Hitler!“ grüßen. Das macht Angst. Das ist nicht angenehm. Als ich mich natürlich sofort erkundigte: „Was sagt der Lehrer? Was sagt der Schulleiter?“, da wurde nur abgewinkt. Ich weiß nicht genau, was das heißt. Aber ich habe der Schule einen Brief geschrieben. Die Antwort ist noch nicht da.

Der aktuelle Arbeitsstand ist, dass ich die Arbeit bis Montag erst einmal alleine bewältigt habe. Ich habe von der Justizministerin - ihr sei Dank - eine Zusage für eine 400-Euro-Stelle ab Montag bekommen. Ich habe Herrn Kahya, der hinter mir sitzt, mitgebracht. Auch schon am Vorabend des Gedenktages, am 23., waren wir zusammen bei den Opfern. Wir haben natürlich besonders zu den türkischsprachigen Opfern Kontakt aufgenommen, besonders auch zu Herrn Yozgat, mit dem wir fast täglich telefonieren. Der Name Yozgat dürfte Ihnen ja inzwischen bekannt sein.

Ich habe den Familien gleich noch im Januar eine Liste - ich nenne sie „Checkliste“ - mit 19 Fragen geschickt, die viele Dinge betreffen, die ich für wichtig halte, abgestimmt auch mit den Ministerien. Das fängt damit an: Haben Sie einen Anwalt? Wer bezahlt den Anwalt? Sind die Bestattungskosten bezahlt worden? Wie sieht es mit dem Rechtstitel, mit Ihrem Aufenthaltstitel aus? Haben Sie dort einen Antrag gestellt? Waren Sie bei der Berufsgenossenschaft? - Aus diesen Ergebnissen, die jetzt alle vorliegen, erstelle ich im Moment ein Profil, ein Unterstützungsprofil für jede einzelne Familie, um dann für diese Familien ganz gezielt tätig sein zu können.

Ständige Intervention, tägliche Intervention bei Behörden und Einrichtungen gehört dazu, weil über mein Mobile eigentlich täglich ein neues Problem auf den Tisch flattert.

Ich habe regelmäßige Kontakte. Ich habe seit einigen Tagen Ansprechpartner in Ministerien. Ich habe Kontakte zu den Rechtsanwälten der Familien - wir tauschen uns bei bestimmten Problemen aus -, zum Generalbundesanwalt, der in Kürze die Rechtsanwälte, auch auf meine Bitte hin, einladen wird, zu Länderbeauftragten - da ist besonders Bayern hilfreich -, zur Kölner Polizei und zur türkischen Botschaft.

Mit Ihrer Erlaubnis komme ich jetzt gleich zu den Empfehlungen. Sie können dann noch weitere Fragen dazu stellen. Gedenkorte - diesen Wunsch habe ich schon genannt. Den habe ich sehr oft mit den Opfern besprochen. Es gibt bisher einen Gedenkort für Michèle Kiesewetter, die ermordete Polizistin, in Heilbronn. Die Stadt hat ihn schon vor einigen Jahren geschaffen. Das ist der einzige, der bisher existiert.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass Sie sich und wir alle - aber jetzt erst einmal Sie - im Untersuchungsschuss die Polizeiarbeit anschauen: Ist das eine Polizeiarbeit, die auf die Arbeit in einem Einwanderungsland zugeschnitten ist? Wie sieht die Grund- und Weiterbildung von Polizisten in Deutschland überhaupt aus? Wissen Sie - durch Länderübersichten kann man sich ja diese Kenntnisse verschaffen -, was da eigentlich gemacht wird? In einigen Ländern weiß ich das selber. Ich war ja 22 Jahre lang Ausländerbeauftragte in Berlin und habe schon in den 80er-Jahren mit einer solchen Ausbildung begonnen.

Ich habe in der vorigen Woche für den Europarat - ich bin ja Mitglied in der European Commission against Racism and Intolerance, ECRI - Irland besucht. Da ist mir aufgefallen, dass Irland - dieses kleine Land, das im Grunde erst in den letzten zehn Jahren ein Einwanderungsland geworden ist - eine Ombudsstelle oder eine Kommission, eine Clearingstelle, hat, die eine Beschwerdestelle über polizeiliches Fehlverhalten ist, gerade auch was Rassismus, was Fremdenfeindlichkeit angeht. Wir wissen, dass das wichtige Dinge sind.

Jeder, der mit der Polizei zu tun hatte, weiß - ich will da gar keine Verdächtigungen aussprechen -, dass es in der Polizei und wahrscheinlich auch bei anderen Gruppen einen Korpsegeist gibt. Das ist etwas Gutes und etwas nicht so Gutes. Es ist gut, weil es für die Polizisten natürlich eine Art Sicherheitskorsett ist, wenn man von den Kollegen gestützt wird. Es ist dann schlecht, wenn dieses Sicherheitskorsett zu einer Abwehrhaltung führt: Wir sind immer in Ordnung. Bei uns geschieht nie etwas, was nicht geschehen sollte. Nichts kommt heraus. - Deswegen sind, so glaube ich, Beschwerdestellen innerhalb der Polizei nicht so sinnvoll, eine außenstehende Stelle wäre sinnvoller.

Ich würde auch empfehlen, dass Opfer und Opferangehörige von Ihnen angehört werden, natürlich nach dem Prinzip absoluter

Freiwilligkeit. Viele scheuen nach wie vor die Öffentlichkeit. Ich würde erwarten, dass Sie Vorschläge machen - das geht vielleicht etwas über den Auftrag hinaus, den Sie haben, aber vielleicht auch nicht -, nämlich: Wie können wir Alltagsdiskriminierung und Rassismus im öffentlichen Umfeld zurückdrängen? Ein Beispiel ist mir in der Zeitnot eingefallen, nämlich Schule ohne Rassismus. Das halte ich für eine gute Einrichtung, die wirklich im öffentlichen Umfeld aktiv wird und dort viel leistet. Ich glaube, dass die Opferberatungsstellen, von denen wir heute auch noch hören werden, ihre Aufgaben möglicherweise erweitern könnten, nämlich als Präventionsagenturen, weil sie in die Kommunen hineinwirken.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ganz herzlichen Dank, Frau Professor John. - Wir würden dann mit dem Gespräch beginnen. Ich würde die ersten Fragen stellen und dann, von der Länge her entsprechend der Fraktionsstärke, die Kolleginnen und Kollegen hier im Ausschuss.

Sie haben die Unterstützung Ihrer Arbeit durch die Bundesregierung angesprochen. Das würde mich doch noch ein bisschen näher interessieren. Sie haben angesprochen, dass das Bundesministerium der Justiz jetzt zugesagt habe, Ihnen eine 400-Euro-Kraft, wenn ich es richtig gehört habe, an die Seite zu stellen. Ich bin stutzig geworden, als ich in der *Welt* vom 23. Februar einen Artikel von Martin Lutz gelesen habe. Ich darf daraus zitieren:

... die Bundesregierung hat die 74-Jährige zwar zur Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Mordopfer der Zwickauer Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) berufen, ihr dafür aber bisher weder staatliche Mitarbeiter noch Mittel gegeben. Selbst für die Briefe, die John an die Opferfamilien verschickt, kommt bislang der Verband auf.

Gemeint ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, dessen Vorsitzende Sie sind.

Den Kontakt zu ihnen

- also zu den Opferfamilien -

hält sie über das eigene Handy - die Rechnung muss sie selbst zahlen.

Ich habe von einem der Anwälte der Opferfamilien ein Exemplar eines Briefes bekommen, den Sie an die Hinterbliebenen geschickt haben. Da schreiben Sie ja sogar auf dem Briefkopf des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin und nicht als Ombudsfrau der Bundesregierung. Haben Sie denn gegenüber der Bundesregierung einmal geltend gemacht, dass man sich nicht allein mit Ihnen schmücken kann - sicherlich zu Recht, weil Sie für die Aufgabe absolut qualifiziert sind -, sondern dass man Ihnen natürlich auch Mittel in sachlicher und personeller Hinsicht an die Hand geben muss, damit Sie diese Aufgabe - sie scheint ja nicht klein zu sein, sondern, ganz im Gegenteil, erwartbar umfangreich - auch bewältigen können? Können Sie dazu etwas sagen?

Auskunftsperson Barbara John: Ich gehöre nicht zu den Leuten, die, schon bevor sie überhaupt einen Handstrich gemacht haben oder wissen, worin die Aufgabe eigentlich besteht, einen Apparat fordern - ich verabscheue diese Haltung -, sondern ich gehöre zu den Leuten, die erst einmal schauen, wie man die Arbeit, die auf einen zukommt, intelligent bewältigen kann, ob man sie überhaupt delegieren kann und, wenn ja, wie man sie delegieren kann. Das ist für mich eine entscheidende Frage.

Mein Verband, der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, hat mir von Anfang an zugesagt - ich habe ja da auch ein Büro -, dass ich unterstützt werde. Und da es gleich losging - praktisch am nächsten Tag der Beauftragung -, brauchte ich auch gleich Hilfe. Selbstverständlich haben wir dann unseren eigenen Briefkopf benutzt, noch das Wort „Beauftragte“ daruntergesetzt und auch die Briefmarken bezahlt. Aber offen gestanden sind das für mich fünftrangige Fragen. Ich bin jetzt erst einmal froh, dass jemand da ist, dass Herr Kahya da ist, der mir da zur Hand geht.

Ich möchte den persönlichen Kontakt zu den Opfern halten. Das kann und will ich nicht delegieren. Sie kennen mich. Wir haben uns inzwischen persönlich hier in Berlin kennengelernt. Ich telefoniere oft mit einigen. Das sind Dinge, da kann ich nicht sagen: Im Ministerium sitzt jemand von 9 bis 17 Uhr, und da können Sie anrufen. - Das alles sind Dinge, die bei dieser Arbeit eigentlich nicht gehen.

Ich werde, wenn ich diese Checkliste habe, wenn ich dann genau weiß, hier gibt es

zehn Aufgaben zu erfüllen oder da ist dieses zu tun, auch um weitere Hilfen nachsuchen. So ist meine Situation.

Klar könnte man sich vorstellen: Da ist ein Büro. Da sitzen zwei Leute. Der eine übernimmt das Telefon. Das macht jetzt auch bei uns im Paritätischen jemand, wenn Anrufe kommen. Aber ich müsste dann immer dahin fahren.

Es gibt noch ein Angebot aus dem Justizministerium. Da ist jemand mit einer halben Stelle, den ich beschäftigen könnte. Ich habe mit ihm telefoniert. Wenn ich da etwas habe, was ohne große Erläuterungen, ohne halbtägige Erläuterungen gemacht werden kann, werde ich das natürlich tun.

Ich bitte Sie, einfach zu erkennen: Das ist eine Aufgabe, die ja nicht umsonst aus dem staatlichen Bereich an jemanden gegeben worden ist, der zwar einmal im staatlichen Bereich war, aber jetzt eben keine Behörde mehr ist. Das ist ein Vorteil, aber sicher auch ein Problem.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Professor John, ich persönlich halte Ihre Haltung für absolut ehrenwert. Ich frage mich nur, auch vor dem Hintergrund Ihrer Ausführungen - Sie sind ja Ombudsfrau der Bundesregierung und haben hier eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen, von denen ich glaube, dass sie sehr aufwendig zu bearbeiten sind -, ob es nicht eine wirkliche Hilfe wäre, wenn innerhalb des Bundesministeriums der Justiz oder an anderer Stelle jemand oder mehrere Personen wären, die vielleicht ein paar Sachen in die Hand nehmen könnten, die Sie angesprochen haben.

Natürlich kann es nicht politisch gewollt sein, dass die bisher geleisteten Zahlungen an die Hinterbliebenen mit Sozialleistungen verrechnet werden. Ich glaube aber, das müssen Sie nicht unbedingt persönlich klären. Das kann man in der Tat administrativ delegieren.

Wie ist das mit den betroffenen Hinterbliebenen, die einen unsicheren Aufenthaltstitel haben? Auch da müsste sich eigentlich in der Bundesregierung jemand finden können, der das macht. Wie ist das bei denen, deren Studienkarriere wegen des Verlustes - wahrscheinlich in der Regel - des Vaters unterbrochen worden ist, mit der Möglichkeit, BAföG zu gewährleisten?

Wenn Sie selber sagen, Sie brauchen diese Hilfe nicht, bin ich, ehrlich gesagt, tief davon beeindruckt, dass Sie die Haltung

haben, Sie könnten das alles selber leisten. Ich weiß nur nicht, ob nicht auch eine Mitverantwortung der Bundesregierung gegeben ist, wenn man Sie als Ombudsfrau benennt, da auch hilfreich und behilflich zu sein. - Das war der Punkt.

Eine andere Sache ist - das hatten Sie jetzt nicht so gezielt angesprochen, aber das wäre eigentlich sogar eine Sache in direkter Zuständigkeit des Bundesjustizministeriums -, einen Weg zu finden, dass die Angehörigen das, was für sie wichtig ist und von der Generalbundesanwaltschaft herausgefunden wird, nicht über den *Spiegel* oder über eine sonstige Zeitung erfahren, sondern von einem Ansprechpartner bei der Generalbundesanwaltschaft.

Ich hatte vor zwei Wochen die Gelegenheit - nein, das war sogar erst vor einer Woche -, im Rechtsausschuss des Bundestages ein Gespräch mit Herrn Range, also dem Generalbundesanwalt, und auch mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger als Justizministerin zu führen. Herr Range hat da angekündigt, dass alle bisher bekannten Anwälte von der Generalbundesanwaltschaft für Ende März eingeladen würden, um dann auch die Frage der Akteneinsicht zu regeln. Halten Sie das für ausreichend, oder hätte man da schon früher tätig werden müssen?

Auskunftsperson Barbara John: Noch einmal zu Ihrer ersten Frage, Herr Abgeordneter: Ich verstehe gut, dass Sie mich unterstützen wollen. Dafür bin ich auch dankbar. Aber ich habe meine ersten Erfahrungen gemacht, und die sind doch so, dass ich einiges besser in der Hand behalte, zum Beispiel eine verbindliche und schriftliche Klärung eines Ministeriums, dass das nicht anrechenbar ist. Ich bekomme vor drei Tagen den Brief von einer Opferangehörigen. Die muss das in drei Tagen vorlegen. Also rufe ich da an. Gut, es ist jemand zu sprechen. Gestern war niemand da. Heute war niemand da. Ich habe das jetzt natürlich selber mit Bayern geklärt. Das war beim Jobcenter. Ich habe da mehrfach angerufen, und dann kam ein Telefonat zustande. Wir haben uns jetzt geeinigt, dass das erst einmal so durchgeht.

Ich meine, Sie reden hier von Behörden, als könnte man da auf einen Knopf drücken und dann käme etwas heraus. Das ist doch nicht so. Das wissen Sie doch. Sie wissen, dass es Vorgänge gibt, dass es Abläufe gibt, dass es in der Regel keine Prioritäten gibt,

dass das Tempo von den Mitarbeitern bestimmt wird, von den Urlaubsplänen, von den Praktika und, und, und. Das ist bei mir nicht der Fall, sondern ich reagiere. Ich denke, dass ich das so regle, und hoffe da auf das Verständnis der Ministerien.

Sie haben etwas zu den BAföG-Zahlungen gesagt. Das kann man alles machen, aber es muss relativ schnell gehen; denn die Leute arbeiten jetzt. Sie müssen jetzt vorankommen. Aber das geht wahrscheinlich nicht so schnell. Man muss erst einmal klären: Kann man überhaupt BAföG beantragen? Ist das ein Härtefall? Es gibt ja Bestimmungen usw. Vielmehr brauchen wir - ich bin jetzt auf die Idee gekommen - Stipendien für die drei oder vier Leute, um die es geht. Also muss ein Brief an das Wissenschaftsministerium geschrieben und ein Stipendienprogramm gesucht werden. Das werde ich machen.

Wenn ich das in die Linie gebe, dann wird das die ganze Hühnerleiter hoch und runter geprüft, und dabei kommt heraus: Es gibt dafür keine Bestimmung. So ist die reale Welt in einem bürokratisierten Land, das seinen Vorteil hat, aber in diesem Fall eben auch seinen Nachteil.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bevor ich eine letzte Frage stellen will und dann die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen, möchte ich schon sagen: Wir haben es hier mit einem Thema zu tun, das bis hin zur Bundeskanzlerin mit einer hohen Relevanz versehen worden ist, jedenfalls in der öffentlichen Wahrnehmung. Ich selbst habe nach 13, 14 Jahren im Bundestag zwar Erfahrungen mit manchen Hürden, die die Bürokratie mit sich bringen kann. Ich habe aber auch die Erfahrung, dass dort, wo sich Leute innerhalb der Bundesregierung inhaltlich engagiert für etwas einsetzen, auch Lösungen gefunden werden. Wenn das bei einem solchen Thema wie diesem nicht möglich wäre, dann ist es, so glaube ich, bei keinem Thema möglich. Dann bräuchten wir die Vertreter der Bundesregierung, die hier sitzen, eigentlich gar nicht, sondern dann müssten wir Sie nur klonen, Frau John. Dann könnten wir das bewerkstelligen.

Auskunftsperson Barbara John: Nein, überhaupt nicht. Das haben Sie jetzt falsch verstanden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben da eine andere Sichtweise, aber das

finde ich völlig legitim. Sie sind die Ombudsfrau und müssen das beurteilen können. Aber ich würde Sie wirklich herzlich bitten, dass Sie, wenn Sie im Zuge der Arbeit den Eindruck haben, Sie bräuchten mehr Unterstützung, auch davon Gebrauch machen; denn ich bin mir sicher, dass das hier niemand abblocken würde.

Da meldet sich der Vertreter des Bundesjustizministeriums zu Wort, des Bundesinnenministeriums. Bitte sehr.

MR Richard Reinfeld (BMI): Des koordinierenden Bundesinnenministeriums. Aber ich denke, ich rede dann auch für den Kollegen Dr. Greßmann aus dem Justizministerium mit.

Herr Ausschussvorsitzender, ich war in meinem Beamtenleben schon in vielen Verwaltungen und habe, Frau John, verschiedene Linien kennengelernt und auch kennenzulernen müssen. Ich muss ganz ehrlich sagen - das soll jetzt kein persönliches Statement sein -: Es erschüttert mich sehr bzw. ich kann es bis zu einem gewissen Grad auch nachvollziehen, dass Sie Leute auf der BearbeiterEbene, auch auf der höheren Ebene nicht erreichen. Das hat gar nichts mit irgendwelchen Dienstgraden zu tun.

Ich als Vertreter der Bundesregierung kann Ihnen - und das hier auch coram publico - nur anbieten: Es gibt für jeden dieser Problemkreise unterschiedliche Linien. Sie, Herr Ausschussvorsitzender, haben die Kanzlerin genannt. Ich könnte genauso gut unseren Innenminister, Herrn Dr. Friedrich, nennen. Wir wollen helfen. Wir wollen Sie unterstützen. Sie sollen - ich sage das einmal so salopp - eben gerade keine Feigenblattfunktion haben.

Ich kann Ihnen nur anbieten oder anregen - die verschiedenen Linien sind in verschiedenen Ressorts, auf verschiedenen Ebenen; Sie haben Bayern genannt; die Kollegen aus Bayern und aus den anderen Ländern sitzen hier drüben -: Wenn Sie Probleme haben, sind die ersten Ansprechpartner natürlich im BMJ, die Sie unterstützen müssen, sage ich jetzt einmal, und das auch wollen.

Das andere ist: Steigen Sie hoch in der Linie ein, in den entsprechenden politischen Bereichen, in den Ministerbereichen, sei es auf der landespolitischen Ebene, auch wenn Sie mit dem Innenministerium ein Problem haben. Gehen Sie an unseren Ministerbereich heran, gerne auch, bezogen auf das

Innenministerium, auf mich als Projektleiter PG NSU.

Wir wollen helfen. Wir wollen heute auch gar nicht den Anschein entstehen lassen, dass wir Sie draußen - ich sage es jetzt einmal bildlich gesprochen - irgendwie verhungern lassen. Das wollen wir nicht. Deswegen mein persönliches Statement hier. Wenn Sie Probleme haben, können Sie sich auch gerne an mich wenden. Ich versuche, das dann in der Quere auch weiterzuschieben.

Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank für das Statement. - Frau John, ich habe noch eine Frage.

Auskunftsperson Barbara John: Sie erwarten noch eine Antwort. Aber fragen Sie erst einmal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Diese Frage bezieht sich auf Ihren Empfehlungskatalog. Es wird ja eine der Aufgaben sein, der wir uns nach Abschluss der Beweiserhebung widmen müssen: Das Plenum des Bundestages hat uns aufgefordert, Handlungs- und Entscheidungsempfehlungen zu erarbeiten.

Sie äußern ja aufgrund Ihrer Kontakte zu den Hinterbliebenen ganz offenkundig Zweifel an dem Zustand der Arbeit der Sicherheitsbehörden, auch was den Umgang mit Menschen mit einer Migrationsgeschichte betrifft. Können Sie uns vielleicht einmal sagen, wie da die Rückmeldungen der Opferfamilien waren? Jetzt nicht unbedingt konkrete Beispiele, wenn Sie nicht mögen, aber von den Ansätzen her. Welche Erfahrungen haben die insbesondere mit der Polizei gemacht?

Auskunftsperson Barbara John: Da sind die Berichte doch sehr einhellig, dass die Familien gleich nach den Taten bis in alle Verwandtschaftsgrade hinein sehr bedrängt worden sind. Man ging bei den Familien aus und ein, weil man ja vermutete - das wird auch ganz offen gesagt; das war ja die einzige Ermittlungsrichtung; man hat sich für Ausländerkriminalität entschieden und sonst überhaupt keine andere Ermittlungsrichtung gesehen -, dass natürlich auch das soziale Umfeld eine Rolle spielte. Das hat das alles gemerkt.

Worunter die Opfer dann jahrelang sehr stark gelitten haben und noch heute leiden,

ist, dass dieses soziale Umfeld zerstört, erschüttert worden ist. Menschen haben sich abgewandt: Da wird wohl etwas dran sein. - Wir alle wissen ja, wie sich so etwas gerüchteweise in kleinen sozialen Netzen verbreitet. Das war eine doch sehr böse Erfahrung für sie.

Es war einerseits eine Erleichterung, zum anderen eine neue Belastung, als nun herauskam, dass es diese Neonazi-Zelle war. Plötzlich wusste jeder: Aha, es war doch nicht so, wie man dachte. - Aber da war vieles ja schon kaputtgemacht. Vieles muss jetzt wieder gekittet werden. Viele Familien sind jetzt dabei, sich zu stabilisieren und wieder in die Gesellschaft zurückzukehren, aus der sie hinausgedrängt worden waren. Sie alle haben gesagt, dass das die schwersten Jahre waren.

Es ist auch immer wieder angesprochen worden: Damals, als wir Hilfe brauchten - ich habe das sehr wohl gehört: als wir Hilfe brauchten -, war keiner da, außer der Polizei, die uns in diese Ecke gedrängt hat. Wir fingen dann selber an, zu glauben, dass wir irgendjemanden im Hintergrund haben müssten, einen Feind oder vielleicht einen unserer Verwandten, der sich da in diesen Kreisen bewegt, der wohl damit zu tun hat. - Das war das allgemeine Gefühl, das in diesen Familien zu Hause war.

Darf ich noch etwas zu dem ersten Fragenkreis sagen? Wenn jetzt der Eindruck entstanden sein sollte, dass ich keine Hilfe brauche: Das ist hundertprozentig falsch. Ich brauche jede Hilfe. Ich will nur sagen, dass es nicht damit getan ist, dass ich im Ministerium anrufe und sage: „Ich brauche Hilfe. Machen Sie mal!“, sondern ich muss doch genau das Problem benennen. Das heißt, ich muss mich hinsetzen, ich muss es formulieren, und ich muss auch schon einen Vorschlag machen; denn ich weiß doch, Herr Reinfeld: Die Frau Bundeskanzlerin wird sich nicht mit Einbürgerungsfragen beschäftigen - das muss sie auch nicht -, sondern sie wird es genauso in die Linie geben. Dann kommt aus der Linie - ich habe doch 22 Jahre lang Erfahrung - die Antwort: Das geht aber nicht, weil das und das dagegen spricht. - Nehmen wir jetzt einmal die doppelte Staatsbürgerschaft.

Vielmehr muss ich gleich einen Vorschlag machen, bei dem zumindest eine Prüfung erfolgt, bevor dann anderes erfolgt. Ich habe mich bereits an Einbürgerungsämter in den Landesbehörden gewandt, aus denen dann

als Reflex, wie ich es erwartet habe, natürlich die Ablehnung kam. Jetzt geht es in die Ministerien.

Ich will nur sagen: Es ist mit einem Anruf nicht getan, sondern diese Vorarbeit ist wichtig. Ich werde jede Hilfe in Anspruch nehmen. Sie werden nicht von mir verschont werden, Herr Reinfeld.

MR Richard Reinfeld (BMI): Ich merke das schon.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herzlichen Dank. - Wir kommen dann zur Befragung durch die Fraktionen. Das verhält sich so - auch für die Gäste zur Information -, dass wir, wie im Plenum des Bundestages, die sogenannte Berliner Stunde zur Anwendung bringen. Das ist damit verbunden, dass es für Fragen und Antworten ein festes Zeitbudget gibt. Das sind - zur Information - bei der Union, die anfängt, 23 Minuten, bei der SPD-Fraktion 14 Minuten, bei der FDP 9 Minuten, bei der Linksfraktion 7 Minuten und bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls 7 Minuten. Es werden sich dann weitere Runden anschließen können, falls es noch weiteren Fragebedarf gibt. Das übliche Verfahren ist, wie auch bei uns gerade praktiziert, Frau John, dass Sie auf die jeweilige Einzelfrage direkt antworten. Wir sammeln also keine Fragen, sondern es ist direkt Frage, Antwort.

Das Wort hat jetzt für die Unionsfraktion der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Liebe Frau John, zunächst einmal auch von uns allen herzlichen Dank für den Einsatz, den Sie zeigen. Ich glaube, Sie haben schon vorneweg deutlich gemacht, dass es hier weniger auf die Größe bürokratischer Unterstützungsstäbe, sondern mehr auf persönlichen Einsatz und auch auf das Vertrauensverhältnis ankommt, das zu diesen Familien aufgebaut werden muss und das Sie offensichtlich auch schon aufgebaut haben. Nur wenn das gegeben ist, kann man sich wirklich in sie hineinversetzen und auch helfen.

Unser Anliegen heute ist, möglichst viel von Ihnen und hinterher auch von den anderen beiden Expertinnen zu erfahren: Wo fehlt es konkret? Was sind die konkreten Missstände? Wo kann man eventuell ansetzen, bevor man zu Schlussfolgerungen kommt? Was kann man auf ministerialer Ebene tun? Denn vor Ort entstehen die Probleme, vor

Ort müssen sie auch gelöst werden. Insofern noch einmal seitens der ganzen Fraktion herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

Wir werden uns unseren Zeitblock - Sie haben ja gehört, dass wir den längsten haben -, ein bisschen aufteilen. Frau Winkelmeier-Becker, die im Familien- und im Rechtsausschuss arbeitet, wird mit Fragen beginnen. Ich werde mich danach - ich arbeite sonst im Innenausschuss - mit weiteren Fragen anschließen.

Auskunftsperson Barbara John: Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann Frau Winkelmeier-Becker.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Herzlichen Dank auch von meiner Seite, Frau John. Auch ich möchte zunächst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, wie unprätentiös und - ich möchte fast sagen - herzlich Sie vorgehen und wie engagiert Sie diese Aufgabe übernehmen. Die Politik war wirklich bestürzt über die Taten, die in unserem Land passieren konnten, und auch darüber, dass unser Staat die Opfer nicht davor schützen konnte, dass da auch Fehler passiert sind. Dieser Bestürzung müssen auch Taten folgen, denen muss ein Gesicht gegeben werden. Das sind in dem Fall Sie. Dafür ganz herzlichen Dank.

Sie sind auf diese Weise jetzt der Mittler dieser Botschaft der Politik gegenüber den Opfern, vielleicht aber auch andersherum. Deshalb möchte ich an den Beginn noch einmal die Opferperspektive stellen, und zwar den Moment, wo sich herausstellte, dass das nicht Einzeltaten ohne Zusammenhang waren, lange vergangen, und die Opfer bzw. deren Angehörigen gemerkt haben, dass sie Teil einer Mordserie mit diesem extremistischen Hintergrund waren. Vielleicht können Sie einfach einmal darstellen, wie es auf die Familien gewirkt hat, zu erkennen, was alles schiefgelaufen ist, was sich tatsächlich für ein Angriff gegen sie gerichtet hat, und welche Bedeutung es bei der Verarbeitung dieses Traumas, der Verletzung, der Trauer hat, dass sie jetzt den wirklichen Hintergrund, den extremistischen Hintergrund kennen. Das möchte ich zunächst an den Anfang stellen.

Auskunftsperson Barbara John: Ich habe es ja schon angedeutet, Frau Abgeordnete, dass das Erschrecken, wer nun hinter

den Taten steht, eine erneute Belastung und eine Horrorvorstellung für die Opfer ist; denn sie leben ja nach wie vor hier und wissen nun, dass es nicht irgendwelche durchgeknallten Psychopathen waren. Auch das ging ihnen hier und da durch den Kopf, wie sie mir gesagt haben. Manche haben der Polizei von Anfang an gesagt - so haben sie mir das jetzt geschildert -: Es könnten doch auch Rechtsradikale sein. - Das ist dann jedoch nie weiterverfolgt worden.

Sie mussten also erkennen: Das sind Nazis. Das ist eine Gesinnung, eine Haltung, die Menschen so weit treibt, dass sie eine Mordlust entwickeln, um Menschen hinzurichten, nur weil sie aus einem anderen Land gekommen sind, weil sie eine andere Nationalität haben. Das ist für sie natürlich noch einmal eine weitere Belastung. Deswegen ist auch der Wunsch ganz stark, alles zu tun. Das ist ein Gefühl, das wir alle haben. Das ist natürlich nicht trennscharf abzugrenzen oder zielgerichtet auf irgendwelche Aktionen zu fokussieren, sondern das ist ein allgemeines Gefühl, dass in der Gesellschaft der Umgang mit Einwanderern sehr viel offener wird und dass solche Gefahren im Alltag, wo sie sich konzentrieren, wo sie immer wieder vorkommen, aber natürlich auch in den Strukturen in diesem Land zurückgedrängt werden müssen. Ich weiß, dass das doch sehr ungenau und vage klingt, aber das ist das, was sie mir immer wieder sagen.

Sie sagen auch immer wieder, dass diese drei Menschen, die das offensichtlich getan haben - zwei davon haben sich ja nun selber gerichtet; eine, Frau Zschäpe, lebt noch und sagt nicht aus -, nicht in einem Vakuum gelebt haben. Sie haben in der Gesellschaft gelebt. Sie haben in Kommunen gelebt. Sie hatten Nachbarn. Sie hatten Verwandte. Sie hatten ein weiteres Umfeld. Sie hatten Gruppen. Den Opfern ist damit auch klar, dass in diesen Gruppen Gespräche geführt worden sein müssen, die sicher nicht die Natur hatten, dass man sie von Mordlust, von Rassismus, von Ausgrenzung abbringt, sondern dass man vielleicht eher in diese Richtung argumentiert hat. Das ist ihnen schon klar. Und was das bei ihnen anrichtet, können Sie sich ja vorstellen. Da sind einfach auch nach wie vor Ängste vorhanden.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich würde gerne auf die Hilfen eingehen, die Sie den Opfern und ihren Angehörigen bieten können.

Zunächst einmal: 14 mögliche Antragsteller haben die Hilfe nicht angenommen. Können Sie sagen, woran das liegt? Wird da einer finanziellen Hilfe keine gute Wirkung beigemessen? Wird gesagt: „Jetzt braucht ihr uns damit auch nicht mehr zu kommen“? Wird eher etwas anderes gewollt? Wird auch erkannt - das wäre mir wichtig -, dass das nicht den Anspruch erhebt und auch nicht erheben kann, eine Wiedergutmachung zu sein, sondern dass es im Sinne einer Soforthilfe über die ersten Probleme hinweghelfen soll? Wird das erkannt, oder gibt es da Probleme, dass eine Enttäuschung besteht oder dass eben gesagt wird: „Nein, das brauche ich jetzt auch nicht“? Wird das so positiv gesehen, wie es kommt, oder geht es eben fehl?

Auskunftsperson Barbara John: Die Zahl 14 setzt sich vor allem aus den Anträgen - ich kann das hier offen nennen; die Namen der Opfer sind ja bekannt - der Familie Turgut zusammen. Da gibt es bisher zu wenig Kommunikation, weil ja auch die Eltern des Ermordeten in der Türkei leben. Da werden wir sehen - das ist schon in langen Gesprächen besprochen worden -, wie wir mit Hilfe der türkischen Stellen, also der Botschaft, an diese Familien herankommen.

Es handelt sich um eine ganze Reihe von Entschädigungen. Das Schadensgeld bzw. Schockgeld, wie es manchmal genannt wird, wird ja nicht nur an einen Angehörigen der Opferfamilie gezahlt, sondern an die nächsten Angehörigen. Das kann also durchaus die Witwe oder können in diesem Fall die Eltern und auch Geschwister sein.

Dann haben Sie ja, wenn Sie die Gedenkveranstaltung mitverfolgt haben, gehört, wie der bewundernswerte Herr Yozgat ganz offen erklärt hat: Er will kein Geld. Er will, dass die Straße nicht mehr Holländische Straße, sondern dass sie den Namen seines Sohnes trägt und Halitstraße heißt. Dahinter verbirgt sich natürlich die Einsicht bzw. der spontane Gedanke: Ein Menschenleben - das will ja auch keiner, und das hat ja auch niemand beansprucht - ist nicht mit Geld zu ersetzen.

Ich spüre bei den Opfern immer wieder, dass die Frage des Geldes keinen Vorrang hat, dass sie es aber nötig brauchen. Denken Sie daran, gerade bei den Opfern der Ermordeten: Sie mussten ihre Lieben beerdigen. Sie mussten sie überführen. Das alles ist von ihnen selber geleistet worden. Es war nie-

mand da, der kam und sagte: Was kostete das denn? - Es waren ja keine Täter bekannt; möglicherweise waren sie selber mit dem Täterkreis in Verbindung gebracht worden. Ich will das nur noch einmal in Erinnerung rufen. Das haben wir jetzt geregelt. Es ist mit dem Justizministerium geklärt, dass diese Bestattungskosten übernommen werden.

Noch vollkommen ungeklärt ist - das habe ich jetzt ganz vergessen - die Übernahme der Anwaltskosten; diese werden ja von diesem Fonds nicht übernommen. Aber die Menschen brauchen Anwälte. Manche haben eine Rechtsschutzversicherung, die aber nur für bestimmte Teile eines Verfahrens zahlt, für andere Teile wieder nicht. Auch das wissen die Experten. Das ist also eine vollkommen offene Frage, die sich manche stellen. Viele Rechtsanwälte - auch das finde ich bewundernswert - arbeiten pro bono für diese Opfer. Man wird sehen, wie lange sie das machen können.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Sind die Kriterien des Opferentschädigungsgesetzes, also dieses Soforthilfefonds, denn sachgerecht? Kann man da so flexibel reagieren, wie es sich dann vielleicht auch in der Praxis als erforderlich herausstellt, oder gibt es da sehr starre Pauschalen, die letztendlich am Bedarf vorbeigehen?

Auskunftsperson Barbara John: Es gibt keine festgelegten Summen, keine festgelegten Kriterien. Es gibt, wie wir jetzt gesehen haben - dieser Fonds ist ja 1999 nach dem Anschlag in Djerba gegründet worden -, diese Summe von 10 000 Euro. Der ganze Topf ist wohl mit 1 Million Euro gefüllt. Die ist irgendwo gegriffen worden. Es gibt eine Möglichkeit, daraus unmittelbare Verdienstauffälle, sofern sie nicht durch andere Quellen kompensiert werden, wiedergutzumachen. Das ist möglich. Aber dieser Fonds ist nicht total verrechtlcht, und es ist nicht auf den letzten Cent festgelegt, wie viel Geld es gibt, wenn zehn Nägel die Haut abgerissen haben, was ist das wert oder nicht wert. Diese Art von Berechnung wäre auch, so glaube ich, in einem solchen Fonds nicht gut anzusiedeln. Insofern müssen wir darauf vertrauen, dass der kleine Stab, der diesen Fonds verwaltet, viel Einfühlungsvermögen beweist. Ich habe den Eindruck, dass das der Fall ist.

Aber ich selber habe mich häufig geäußert: Wie Sie wissen, fand die Geschichte mit dem Kreuzfahrtschiff „Costa Concordia“ in der gleichen Zeit statt. Da bekam jeder Passagier - 1 400 Passagiere waren es -, der sich auf diesem Schiff auch nur aufgehalten hat, sonst gar keinen Schaden erlitten hat, etwa 11 000 Euro; so hieß es jedenfalls. Wenn man sich dann diese 10 000 Euro vor Augen hält, dann ist, wie ich finde, die Summe unverhältnismäßig.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Das ist ein interessanter Vergleich; das stimmt.

Sie sprachen davon, dass auch andere Maßnahmen, vielleicht auch die Wahrnehmung, die öffentliche Diskussion darüber oder auch die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu äußern, wichtig sind. Von daher vielleicht noch einmal die Frage, ob die Gedenkfeier und die Schweigeminute dazu beitragen konnten, dass die Opfer ihre Verletzungen, ihre Trauer ein Stück weit positiv aufarbeiten konnten, ob das Heimatland Deutschland damit vielleicht wieder positiver gesehen werden konnte und ob es irgendwelche anderen Möglichkeiten gäbe - die Straßenumbenennung wurde schon genannt -, das, was da passiert ist, einfach noch einmal in einem positiven Sinne zu würdigen.

Auskunftsperson Barbara John: Die Gedenkfeier war für alle, die da waren, ganz wichtig. Viele haben mir gesagt: Ich wollte erst nicht kommen. - Die Einladungen sind ja aus dem Bundespräsidialamt erfolgt. Wir haben manche Adressen ausgetauscht und viele Leute auch noch einmal angerufen. Sie haben hinterher gesagt: Ich war froh, dass ich dabei war. Ich habe zwar die ganze Zeit weinen müssen, aber es war ganz wichtig für mich.

Wichtig war diese große, diese deutschlandweite Öffentlichkeit und, wie ich glaube, das Gefühl, dass sie jetzt nicht mehr am Rande stehen, dass sie die Aussätzigen sind, die irgendetwas mit diesen fürchterlichen Verbrechen zu tun haben, die man damals eben nur in die Ausländerkriminalität eingeordnet hat, sondern dass deutlich wurde: Ihr habt damit nichts zu tun. Wir nehmen euren Schmerz wahr. Wir teilen euren Schmerz. Wir wollen uns dessen auch bewusst sein.

Ich glaube, dass Gedenkorte für die Opfer - seien es nun Gedenktafeln in der Kommune, wo die Verbrechen stattfanden, oder an einem zentraleren Ort; das muss man mit ihnen besprechen - ganz wichtig sind nach dem, was sie immer wieder sagen. Am Fall von Herrn Yozgat ist das ja nun ganz konkret geworden.

Die Opferrolle ist, wie ich glaube, im menschlichen Leben eine der schwierigsten Rollen überhaupt. Sie wissen: Täter entschuldigen sich, Täter sitzen ihre Strafe ab, und dann ist es für Täter häufig vorbei. Für Opfer ist es nie vorbei: Opfer sind gedemütigt worden, Opfer sind ohnmächtig. Wir müssen alles tun, um sie aus dieser Ohnmacht herauszuholen. Und das gelingt nur, wenn sie wieder aktiv werden und mitwirken können, auch etwas über die Ermittlungsergebnisse erfahren. Das bringt sie dazu, zu sagen, wie ein solcher Gedenkort vielleicht aussehen könnte. Das bringt sie in eine aktive Rolle, die sie über diese fürchterlichen Tätergestalten erhebt.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Vielen Dank für die Anregungen. - Meine letzte Frage wäre, wie die Erwartungshaltung der Opfer und ihrer Angehörigen gegenüber unserem Untersuchungsausschuss aussieht. Wir hatten ein Gespräch auch mit dem Menschenrechtsausschuss des türkischen Parlaments. Da war ich erstaunt und erfreut, dass uns eigentlich ein großer Vertrauensvorschuss entgegengebracht wurde: uns, aber auch den anderen, die sich jetzt um Aufklärung und Folgerungen aus dem Geschehenen zu kümmern haben. Von daher die Frage, ob auch bei Ihren Kontakten eine solche Haltung feststellbar war.

Auskunftsperson Barbara John: Ich befürchte, Frau Abgeordnete, dass Sie, wenn ich Ihnen jetzt sage, was die Opfer erwarten, sagen: Hätte ich doch bloß nicht diese Frage gestellt. - Sie erwarten etwas, was möglicherweise leider nicht geschehen wird, nämlich dass diejenigen, die in der Sicherheitsarchitektur nicht in der Lage waren, über diese lange Strecke von sieben Jahren herauszufinden, dass man doch auch anders hätte ermitteln müssen, dass eigentlich schon nach dem dritten Mord hätte klar sein können, dass da etwas in die falsche Richtung gegangen ist, identifiziert und zur Verantwortung gezogen werden. Ich frage Sie

jetzt rhetorisch: Erwarten Sie selbst, dass das geschehen wird?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind ja zwei Dinge: Disziplin und Verantwortung!)

- Richtig, zwei Dinge.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Frau John, ich darf noch den Rest der Fragezeit verwenden und will dort anknüpfen, wo Sie gerade waren.

Ich bitte bei den ungeheuer schwierigen und sensiblen Bereichen einfach noch um Ihre Einschätzung aufgrund der Gespräche, die Sie hatten. Sie hatten ja auch persönliche Gespräche. Sie hatten brieflich Kontakt aufgenommen. Hatten Sie mit allen oder mit einigen der Familien persönlich gesprochen?

Auskunftsperson Barbara John: Eigentlich mit allen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Mit allen. - Ich hoffe einfach, dass Sie uns gerade bei diesem Problem, dass die Angehörigen eines Mordopfers das Gefühl haben müssen - wie lange auch immer; man wird dazu natürlich auch die Polizei fragen -: „Wir sind hier unschuldig ins Visier geraten und werden noch einmal Opfer“, weiterhelfen können. Konnten die Opfer Ihnen sagen, woran sich das festgemacht hat?

Ich will einfach auf ein Grundproblem hinweisen. Ich will niemanden in Schutz nehmen, aber wenn wir versuchen, das ganz objektiv aufzuarbeiten, dann muss man das auch so benennen. Das Grundproblem ist, dass bei einem Tötungsdelikt, wo Sie keine verwertbaren Hinweise, vielleicht Hypothesen, aber keine Fahndungsansätze haben, häufig der Satz: „Polizei und Justiz ermitteln in alle Richtungen“, gesagt wird. Dieser hat ja leider auch eine bittere Berechtigung; denn nahezu bei allen solchen Ermittlungen kommt es vor, dass die Polizei alle Hypothesen abprüft und auch im Umfeld der Opfer ermittelt. Das ist die Realität.

Auskunftsperson Barbara John: Klar.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich glaube, das muss man zugestehen. Aber wie sie es dann macht, ob sie es sensibel macht oder ob sie einer falschen Fährte lange hinterherläuft, das macht natürlich den Unter-

schied. Deshalb wäre meine Frage: Was wurde denn konkret geäußert, was so belastend war? Wurden sie damit konfrontiert: „Geben Sie es jetzt zu! Irgendetwas haben Sie doch damit zu tun. Sie müssen doch etwas wissen“? Wurde das irgendwie präzisiert, oder war es allein der Umstand, dass man eben eine Fallhypothese aufgestellt und die Täter in Richtung organisierte Kriminalität verortet hat, was hinterher völlig falsch war? Auch bei der ermordeten Polizistin hat man ja das private Umfeld abgeklärt und landete am Ende auch bei der organisierten Kriminalität.

Können Sie uns dazu etwas sagen? Denn dann, so glaube ich, können wir auch in der weiteren Arbeit darauf hinwirken, dass sich solche Dinge nicht wiederholen oder dass da mehr Sensibilität ist, ohne das Grundproblem beseitigen zu können, dass Ermittler, wenn keinerlei Spuren da sind, zunächst einmal immer alle Richtungen abprüfen.

Auskunftsperson Barbara John: Ich denke eigentlich nach wie vor, dass bei einem solchen Vorgehen ein Ermittlungsplan vorliegen müsste - wahrscheinlich ist das nicht der Fall -, dass solche Ermittlungen auch protokolliert werden müssten. Das heißt, Sie als Untersuchungsausschuss hätten ja, wenn das so wäre, die Möglichkeit, das nachzulesen. Aber vielleicht ist das nicht so.

Einiges, was in den Familien passiert ist, ist ja gut dokumentiert, etwa durch Gespräche mit Angehörigen. Semiya Simsek hat ja gesagt, die Mutter und ein Bekannter sind verdächtigt worden, gemeinsam den Mord an ihrem Vater geplant zu haben. Es ist ihr auch so gesagt worden, dass da ein Verdacht besteht. Oder sie ist gefragt worden - auch das ist dokumentiert; deswegen sage ich das jetzt noch einmal -, wie sie es denn fände, dass der ermordete Ehemann eine Beziehung zu einer Deutschen hatte, mit der er auch Kinder hat. Als sie dann sagte: „Dann würde ich diese Frau ganz gerne kennenlernen“, hat man gesagt: Ach, vergessen Sie das. Das haben wir jetzt nur einmal gesagt, um zu sehen, wie Sie reagieren. - Ob das in allen Fällen so war, das weiß ich nicht, aber in diesem Fall war es eben so.

Wenn das, was da in den Familien geschehen ist, letztendlich nicht dokumentiert worden ist, kann man es vielleicht am besten durch eine Befragung bei Opfern, die sich zur Verfügung stellen, noch einmal genau he-

rausbekommen. Das fände ich auch sehr wichtig.

Aber ich will noch etwas zu dem Grundproblem sagen. Es ist ja richtig, natürlich muss auch in diese Richtung ermittelt werden. Das haben auch alle Opfer verstanden. Einige haben gesagt: Auch von meiner Großmutter wurde eine DNA-Probe genommen. - Na gut. Das lässt sich vielleicht noch plausibel erklären. Das war nicht das Problem. Aber müsste es nicht so sein - das ist inzwischen eine Entwicklung in anderen Ländern, zum Beispiel in England -, dass immer in dem Fall - zumindest jetzt wissen wir es doch -, wenn ein Einwanderer oder ein Angehöriger eine Gewalttat erlitten hat, bis zum Verlust des Lebens, auch - so kann ich das doch definieren - mit in einen fremdenfeindlichen Hintergrund hinein ermittelt werden muss? Das ist ja hier von vornherein ausgeschlossen worden.

Wir wissen, dass es damals diesen Tatverdacht in Potsdam gab. Da wurde zuerst vor dem Hintergrund ermittelt, dass es wohl eine fremdenfeindliche Straftat sei, aber dann stellte sich hinterher heraus, es war keine. Na gut, natürlich gibt es auch diese Irrtümer. Aber wenn ich immer auch einen fremdenfeindlichen Hintergrund ermittle, wenn ich das zu einem Standard mache, dann kann das, was wir gesehen haben, nicht mehr so schnell passieren. Das habe ich jetzt vergessen aufzuschreiben. Aber es ist mir ganz wichtig, dass man neu bedenkt, immer in diese Richtung zu ermitteln.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mein Schlusssatz, weil auch die Zeit abgelaufen ist: Genau aus diesem Grund werden wir uns jetzt in der Ausschussarbeit zunächst einmal mit diesen Mordtaten befassen, auch die Arbeit der Polizei zu bewerten haben. Deshalb war es mir auch noch einmal wichtig, von Ihnen solche konkreten Situationen geschildert zu bekommen, dass man eben auch sagen kann: War das denn richtig? War das noch Hypothese, oder war das weit über das Ziel hinaus, vielleicht sogar völlig in die falsche Richtung? Aber deshalb stehen diese Mordtaten bei uns am Anfang der Beweisaufnahme ab April.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt jetzt zur SPD-Fraktion. Das Wort hat die Kollegin Dr. Eva Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau John, auch ich möchte mich ganz ausdrücklich bedanken, dass wir heute die Gelegenheit haben, mit Ihnen das Gespräch zu führen. Es ist schon gesagt worden - ich möchte es aber für die SPD-Fraktion ausdrücklich wiederholen -: Es ist uns sehr wichtig und von großer Bedeutung, die Perspektive der Familien der Opfer an den Anfang unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss zu stellen.

Ich möchte auch noch ganz kurz eine Bemerkung zu Ihrer Ausstattung machen, ohne alles wiederholen zu wollen: Es zeichnet Sie sehr aus und ich habe größte Hochachtung davor, dass Sie gesagt haben, Ihnen ist es so wichtig, den persönlichen Kontakt zu den Opferfamilien zu halten. Das ist sehr respektabel. Deswegen müssen Sie auch gar nichts fordern, liebe Frau John, sondern wir werden das für Sie übernehmen und werden die Forderung in Richtung Bundesregierung auf jeden Fall noch einmal entsprechend konkretisieren. Aber hierzu ist ja auch schon ein bisschen ergänzend vorgetragen worden.

Ich möchte noch einmal auf Semiya Simsek zurückkommen - Sie haben das eben schon gesagt, und ich glaube, das gilt für uns alle -: Das wirklich Erschütterndste war, als Semiya Simsek auf der Gedenkveranstaltung formuliert hat, die Familien der Opfer konnten elf Jahre lang keine Opferfamilien sein. Mir ist das durch Mark und Bein gegangen, dass sie erst jetzt, nachdem sich die Hintergründe der Taten gezeigt haben, überhaupt in der Lage waren, ihre Opferrolle anzunehmen. Es gehört ja auch zur Bewältigung einer Tat dazu, dass man die Opferrolle annimmt und dann den Weg als Opfer beschreiten kann. Das fand ich sehr erschütternd.

Ich möchte ganz gerne etwas zu unserer Arbeit hier im Untersuchungsausschuss fragen - vielleicht können Sie uns das einmal sagen -: Wie wichtig ist die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses für die Familien der Opfer? Gibt es sozusagen die Auffassung: „Ach, ein weiteres Gremium. Es gibt noch ein paar mehr Gremien. Wir haben so schlechte Erfahrungen mit der Politik, mit staatlichen Behörden, mit der Polizei usw. gemacht. Was sollen die schon herausfinden?“? Oder ist das etwas, was auch für die Familien der Opfer sehr wichtig ist, dass wir hier zu Ergebnissen kommen, dass wir hier herausfinden, was die Hintergründe waren, woran es gelegen hat, und dass wir hier auch

Vorschläge für Verbesserungen machen? Ist das für die Familien der Opfer wichtig?

Auskunftsperson Barbara John: Das ist für sie ganz entscheidend. Ich erinnere ein Gespräch mit der Tochter eines der Ermordeten, die mir sagte, dass ihre Verwandten in der Türkei, als sie dort war, etwas ironisch gesagt haben: Du lebst doch in Deutschland. Da ist doch alles in Ordnung. Das ist doch ein Rechtsstaat. Und dein Vater wurde ermordet? - Sie sagte dann: Was sollte ich dazu sagen? Ich wollte mein Land nicht verraten, und ich wollte meinen Vater nicht verraten. Also bin ich aufgestanden und weggegangen.

Ich glaube, diese Antwort zeigt Ihnen, was die Opfer erwarten. Sie wollen in diesem Land leben. Sie haben große Hoffnung, dass sich durch das, was nun aus der Entdeckung der Täter dieser Mordserie folgt, etwas ändert, also dass man tatsächlich an Ursachen herankommt, dass man diese auch mildern, möglichst natürlich beseitigen kann und dass die Verantwortlichen zu dem stehen, was da gelaufen ist. Diese Hoffnung haben sie. Deswegen ist die Arbeit Ihres Ausschusses natürlich sehr wichtig.

Es wäre verheerend, wenn die Gedenkveranstaltung der Abschluss unserer schmerzlichen Erkenntnisse gewesen wäre. Vielmehr muss das eigentlich ein Anfang sein. So sehen das auch viele Opfer.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank, Frau John. - Ich möchte gern einen Punkt noch einmal aufgreifen, der eben schon angesprochen worden ist, den ich aber für sehr wichtig halte, und zwar: Werden bei den Opfern alte Wunden aufgerissen? Wir müssen ja hier im Untersuchungsausschuss den Fragen nachgehen, warum in viele Richtungen ermittelt worden ist, aber in eine nicht. Dazu wollen wir auch bestimmte Ermittlungswege nachzeichnen.

Für uns war bei der Debatte, wie wir hier die Aufklärung gestalten, auch sehr wichtig, dass wir die Opferfamilien nicht erneut viktimisieren und dass wir den falschen Wegen nicht erneut über Gebühr nachgehen. Können Sie vielleicht noch einmal sagen, ob die Opferfamilien auch etwas Angst davor haben, dass alte Wunden aufgerissen werden, ob sie sich in Ihren Gesprächen schon einmal dazu geäußert haben, ob das schon einmal Thema war?

Auskunftsperson Barbara John: O ja, das ist ein Thema, das besonders nach der Gedenkveranstaltung eine Rolle gespielt hat, weil da natürlich wieder vieles hochkam; das ist klar. In dieser emotionalen Veranstaltung ist sehr viel gegenwärtig geworden.

Die Überlegung, die Sie anstellen, Frau Abgeordnete Högl, dass man ihnen da mit großer Sensibilität entgegenkommt, ist sicherlich richtig. Wenn Sie vorhaben, auch Opfer zu den Begegnungen mit der Polizei zu befragen, dann sollte man sie darauf vorbereiten und ihnen natürlich auch sagen - das wissen sie aber auch selbst -, dass das sehr viel aufwühlen wird; denn natürlich haben sie jetzt Jahre des Schmerzes hinter sich. Sie mussten mit den Dingen allein fertigwerden. Sie haben die Ereignisse und die Folgen in ihr Leben integriert, gehen irgendwie damit um, haben noch sehr viele Alltagsprobleme, die ich Ihnen ja geschildert habe. Die Vergegenwärtigung ist natürlich ein neuer Schmerz für sie. Ich glaube aber, wenn sie wissen, worauf sie sich einlassen, dann werden das diejenigen tun, die sich dem gewachsen fühlen. Andere werden es ablehnen.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Ich möchte noch einen anderen Gesichtspunkt ansprechen. Sie haben vorhin in Ihren einführenden Worten darauf hingewiesen, dass es sehr wichtig ist - sowohl für Ihre Arbeit als Beauftragte, aber auch für die Familien der Opfer -, fortlaufend über die laufenden Ermittlungen informiert zu werden.

Nun ist das so: Wir sind hier im Untersuchungsausschuss gegenwärtig auch auf die Berichterstattung durch die Presse angewiesen, weil wir natürlich die Akten alle noch nicht bekommen haben und uns auch über die laufenden Ermittlungen selber schlau machen müssen. Wie ist das bei Ihnen? Wie ist das organisiert? Bekommen Sie Informationen über laufende Ermittlungen? Wie bekommen Sie die, und wie geben Sie sie an die Opfer, die Opferfamilien weiter?

Vielleicht darf ich die Frage zur Information der Rechtsanwälte anschließen. Dazu haben Sie auch etwas ausgeführt. Es ist ja sehr wichtig, dass auch dort eine Koordination erfolgt, dass die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte einen Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin haben. Vielleicht können Sie darauf noch einmal ein bisschen näher eingehen, wie das abläuft, wie sich das bis-

her darstellt oder was Sie da an Verbesserungsbedarf sehen.

Auskunftsperson Barbara John: Ich bekomme null Informationen über die Vorgänge. Ich habe mit dem Generalbundesanwalt gesprochen, wie die Opfer selbst persönlich informiert werden können. Das kann wohl aus rechtlichen Gründen nicht über die Bundesanwaltschaft geschehen, sondern nur über die Anwälte, weil es sonst zu einer zu großen Nähe käme. Das wird wahrscheinlich auf diesem Wege über die Anwälte geschehen. Da findet das Treffen am 23. März statt. Insofern bin ich da erst einmal vollkommen außen vor. Aber ich denke, wenn ich einmal Zeit habe, mich nach Karlsruhe zu begeben, werde ich sicher auch Informationen bekommen. Das müsste ich dann auch mit der Generalbundesanwaltschaft abstimmen.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. - Wir müssen auf jeden Fall dafür Sorge tragen, dass gewährleistet wird, dass Sie da entsprechend informiert werden und dass das koordiniert wird. Wollen wir einmal hoffen, dass dann bei dem Gespräch am 23. Entsprechendes herauskommt und Ihre Forderungen auch erfüllt werden.

Ich möchte das Stichwort „Gedenkort“ noch einmal aufgreifen. Das haben Sie ja ganz oben als ersten Punkt auf Ihre Liste der Empfehlungen geschrieben. Auch wir haben ja die bewegenden Worte des Vaters von Halit Yozgat - Sie haben schon darauf Bezug genommen - bei der Gedenkveranstaltung vernommen. Können Sie uns vielleicht sagen, ob da schon konkrete Schritte unternommen worden sind? Ich habe ein bisschen in der Presse dazu gelesen. Nach der Gedenkveranstaltung hatten sich ein paar Beteiligte aus der Nähe von Kassel geäußert. Gibt es da von Ihrer Seite jetzt ein Engagement, diesen Punkt in Ihrer konkreten Arbeit voranzutreiben? Können wir Sie da irgendwie unterstützen, oder was haben Sie bisher schon gemacht?

Auskunftsperson Barbara John: Ich habe gleich danach einen Brief an den Oberbürgermeister von Kassel geschrieben. Bisher keine Antwort. Ich weiß auch, dass die Staatsministerin Böhmer einen Brief geschrieben hat. Das Ergebnis kenne ich nicht. Ich weiß gerüchteweise, dass die Holländische Straße eine sehr lange Straße ist. Es ist klar, dass bei solchen Überlegungen sehr

viele Änderungen vorzunehmen sind und dass es bisher keine große Bereitschaft gibt, dem entgegenzukommen. Aber gut. Das ist sicher etwas, was zwischen vielen Beteiligten verhandelt werden muss.

Ich will nur sagen: Das konkrete Vorhaben ist für Herrn Yozgat verständlicherweise wichtig. Vielleicht gelingt es mit viel Unterstützung, das auch durchzusetzen.

Es ist aber insgesamt wichtig, dass ins kollektive Gedächtnis eingeht, was da geschehen ist. Für mich ist diese Mordserie nach den RAF-Taten eigentlich das schlimmste, das bösartigste politische Ereignis, weil es ja auch politisch begründet ist, das wir in der Nachkriegszeit hier in Deutschland erlebt haben. Das können wir nicht einfach vergeben und vergessen machen, sondern da muss es Möglichkeiten geben, dass wir das im Kopf behalten, dass wir daran denken, dass die Opfer auch wissen, das ist uns sehr unangenehm. Es wäre mit Sicherheit falsch, da ein bisschen etwas zu machen, aber ansonsten es so schnell wie möglich aus unserem Gedächtnis zu tilgen.

Ich will noch etwas - das habe ich eben vergessen - zur Zusammenarbeit mit den Rechtsanwälten sagen. Wir arbeiten da von Fall zu Fall zusammen, wenn es Ärger gibt. Die Rechtsanwälte versuchen ja auch, Ansprüche aus dem OEG, also dem Opferentschädigungsgesetz, durchzusetzen. Da gibt es in einigen Fällen doch sehr krude Verhaltensweisen, sehr viele Starrheiten. Diese Zusammenarbeit ist gut. Ich wende mich an sie, wenn ich in irgendeiner Weise im rechtlichen Bereich nicht weiterkomme, und umgekehrt auch.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Ich möchte aus Ihrer Empfehlungsliste noch einen weiteren Punkt herauspicken, der mich sehr interessiert, und zwar das Thema einer unabhängigen Ombudsstelle. Sie sind ja auch unabhängig. Vielleicht könnten Sie noch einen Satz dazu sagen, wie unabhängig Sie sind. Berichten Sie eigentlich an irgendeine Stelle, oder halten Sie jemanden über Ihre Arbeit auf dem Laufenden, oder sind Sie tatsächlich so unabhängig, wie wir Sie bisher wahrgenommen haben? Vielleicht können Sie die verbleibende Zeit noch nutzen, um uns zu erläutern, was sich genau hinter dieser Forderung nach so einer Stelle verbirgt und was Ihrer Meinung nach für die Opfer und ihre Familien daran wichtig wäre.

Auskunftsperson Barbara John: Ich berichte, wenn ich gefragt werde, wie jetzt bei Ihnen. Aber ansonsten gibt es keine Berichtspflicht, die datenmäßig da ist. Aber ich habe natürlich schon vor, dann, wenn sich wichtige Dinge ergeben - jetzt einmal abgesehen von den Nöten, die zu erledigen sind, und von den konkreten Anforderungen, die da sind - bzw. wenn die Arbeit weitgehend abgeschlossen ist, das auch berichtlich etwas zusammenzufassen.

In Irland habe ich erlebt, dass es eine kleine Anlaufstelle, eine kleine Clearingstelle - sie nannte sich Ombudsstelle - mit einem Commissioner gab, der außerhalb der Polizei stand und für das ganze Land - Irland ist, anders als Deutschland, natürlich sehr zentral regiert - solche Beschwerden, vor allem wegen fremdenfeindlicher und rassistischer Übergriffe, entgegengenommen hat. Der hatte sehr viel zu tun. Er konnte das dann von außen verhandeln und auch in die Polizei hineinwirken. Wir haben dann noch den Chef der Garda Síochána getroffen. So nennt sich die Friedenspolizei in Irland. Von der Garda selbst kam die Aussage: Wenn wir das bei uns hätten, käme nicht so viel dabei heraus; denn wir sind natürlich untereinander gehemmt, Leuten zu erzählen, wie das und das verlaufen ist, wo das und das falsch gelaufen ist. - Das war für mich doch sehr eindrücklich. Ich hatte Ähnliches in Deutschland noch nie gehört.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich darf noch eine allerletzte Frage stellen, und zwar: Sie haben gesagt, Sie haben Gesprächskontakt. Das interessiert mich doch jetzt sehr. Hat die Bundesjustizministerin schon einmal nachgefragt, wie der Stand Ihrer Arbeit ist, oder haben Sie sich in letzter Zeit mit ihr getroffen? Und haben Sie mit ihr vereinbart, dass Sie das regelmäßig machen?

Auskunftsperson Barbara John: Ich habe mich mit ihr vor, ich glaube, ungefähr drei oder vier Wochen getroffen. Wir haben keine regelmäßigen Kontakte vereinbart. Aber ich bin ganz sicher, dass das ohne Weiteres möglich wäre.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht jetzt zur FDP-Fraktion über, und zwar fragt der Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Liebe Frau John, zunächst einmal auch von meiner

Seite vielen herzlichen Dank - erstens, dass Sie da sind, und zweitens, dass Sie diese verantwortliche Aufgabe übernehmen. Ich glaube, mit Ihrer Arbeit können wir auch deutlich machen, dass es uns nicht egal ist, was mit den Opfern und den Angehörigen nach diesen Taten passiert. Insofern möchte ich Ihnen ganz persönlich herzlich danken und Ihnen auch klar jede Unterstützung von unserer Seite zusagen. Anregungen, die schon jetzt gefallen sind, werden wir auf jeden Fall aufgreifen.

Eines möchte ich noch ergänzen, bevor ich an den Kollegen Serkan Tören weitergebe: Sie sprachen gerade davon, dass Sie nach Beendigung Ihrer Aufgabe einen Erfahrungsbericht erstellen wollen. Daran hätte ich ein sehr großes Interesse, gerade deswegen, weil der Umgang mit Zeugen und mit Opfern in allen Bereichen der Justiz, aber auch in Bereichen der Ermittlungstätigkeiten immer wieder eine wichtige Herausforderung für die Beamten selbst, aber eben auch ganz besonders natürlich für die Betroffenen ist, so dass man hier vielleicht auch in der gesellschaftlichen Weiterentwicklung des Umgangs des Staates mit Opfern und auch mit Opferzeugen tatsächlich weiterkommt. Ich glaube, das ist zwar eine Sache, mit der sich der Deutsche Bundestag in Teilen beschäftigen kann, aber es kann dann vielleicht auch eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Arbeit auch dieses Untersuchungsausschusses sein, wie wir damit in Zukunft umgehen, und das ist zum Beispiel auch etwas, was wir mit den Ländern sehr intensiv besprechen wollen und können.

Ich werde mein Fragerecht für die FDP-Fraktion jetzt gerne an Herrn Tören weitergeben.

Serkan Tören (FDP): Frau Professor John, erst einmal auch von mir herzlichen Dank für diese sehr umfangreiche Tätigkeit. Viele würden jetzt in der Öffentlichkeit glauben, Sie sind im Grunde genommen nur damit beschäftigt, den Familien die Sofortzahlungen irgendwie zu vermitteln. Aber nein, Sie haben heute auch dargestellt, dass Sie selbst Aufenthaltserlaubnisanträge, Einbürgerungen und alles, was darum herum passiert, ebenfalls bearbeiten. Das ist also eine sehr umfangreiche Tätigkeit. Dafür auch noch einmal meinen Dank an Sie.

Sie hatten auch schon die Geldzahlungen, die Soforthilfe erwähnt. Könnten Sie das noch einmal konkretisieren? Sind die Zah-

lungen schon geleistet worden? Ich glaube, es gab in den Kölner Fällen Zahlungen von 5 000 Euro. In dem Zusammenhang haben Sie auch Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz erwähnt. Das muss man von der Soforthilfe trennen. Da haben Sie kurz die Schwierigkeiten angedeutet, die es dort gibt. Könnten Sie dazu vielleicht noch einmal konkret ein paar Einzelfälle nennen? Wo liegen die Schwierigkeiten? Was wünschen Sie sich da im Konkreten?

Auskunftsperson Barbara John: Das OEG wird von den Landesversorgungsämtern ausgeführt, die sich in den Bundesländern befinden, und da ist es natürlich von den Bediensteten abhängig. Auch hier gilt: Jedes Amt ist nur so gut wie der schlechteste Mitarbeiter. Wenn da jemand ist, der sich nicht dafür interessiert oder der findet, dass das alles zu viel ist und dass das ja nur ein kleiner Kratzer war, dann läuft das eben nicht so gut. Wenn ein anderer da ist, der das realistischer sieht, dann läuft es besser. Der letzte Fall, den ich hatte, ist ein Opfer in Köln, dem der Oberkörper zerfetzt worden ist und der immer wieder aufgefordert wird, sich in psychologische Behandlung zu begeben; dann würde doch alles besser werden, und es würde schneller heilen oder es würde besser gehen. Er hat dann gesagt: „Ich will das aber nicht dauernd wiederholen müssen;“ - ich weiß nicht, wie die psychologische Behandlung da läuft - „ich will jetzt mal nach zwei Jahren aussetzen.“ Die Zahlungen sind sofort eingestellt worden, und als er wieder hinging, sind sie wieder aufgenommen worden. Es klingt grotesk, aber so ist es offensichtlich in diesem Fall.

Jetzt ist die Frage: Was machen wir nun? Ich stehe mit dem Rechtsanwalt in Verbindung, und wir werden sehen. Ich überlege, wie man in diesem Fall vielleicht intervenieren kann, damit sich der Mann nun endlich einmal mit seinem klaren Verstand um andere Dinge kümmern kann als um seine Psyche, die ja bei ihm in Ordnung ist. Aber nach dem Willen der OEG-Verwalter ist es eben nicht so.

Das alles passiert. Das sind Dinge, die man sonst gar nicht vermutet, die man für unglaublich hält; aber so kann das eben laufen. Das ist das Beispiel.

Dann wird zum Beispiel auch über Berufsgenossenschaften geklagt. Viele der kleinen Händler - einige waren Kleinunternehmer - waren ja versichert; es gibt da eine

Zwangsversicherung. Die Berufsgenossenschaften haben damals nach den Taten erst einmal alles abgelehnt, da ja kein Täter bekannt war - es war kein Täter bekannt, sondern man hat da herumgestochert -, und ohne Täter gibt es auch keine Zahlungen. Das wird jetzt wieder aufgenommen. Ich hoffe, dass das nicht verjährt ist. Auch das ist ja eine Möglichkeit. So weit bin ich jetzt noch nicht gekommen; aber das ist eine Prüfung, die wir jetzt anstellen, jedenfalls in den Fällen. - Das sind die konkreten Hürden, die sich zeigen.

Serkan Tören (FDP): Noch einmal die Frage zu den konkreten Zahlungen: Sind die jetzt alle so weit erfolgt?

Auskunftsperson Barbara John: Wie gesagt, von Ihnen ist eben eine Zahl genannt worden, dass einige das bisher nicht angefordert haben, und wenn jemand das nicht anfordert - sei es nun, weil es ihm nicht bekannt ist, wie es bei der Familie Turgut möglicherweise der Fall ist, jedenfalls bei einigen Mitgliedern; ein anderer will das nicht -, dann ist das auch zu respektieren. Aber ansonsten läuft das sehr flüssig und sehr schnell. Diese Stelle hat wirklich sehr viel Erfahrung und hat auch einen sehr guten Draht zu den Opfern.

Serkan Tören (FDP): Sind eigentlich alle Opferfamilien anwaltlich vertreten? Dann die nächste Frage im Anschluss dazu: Wollen alle Familien auch eine Nebenklage einreichen, also in das Strafverfahren eintreten? Ist da der Wille von allen gegeben, oder ist man da eher vorsichtiger und will mit dem Strafverfahren weniger zu tun haben?

Auskunftsperson Barbara John: Es sind nicht alle anwaltlich vertreten, aber fast alle. Ich kann Ihnen die Zahl jetzt nicht nennen, weil das zum Teil noch im Fluss ist. Ich denke, dass die Anwälte die Familien selber beraten, inwieweit die Nebenklage für sie sinnvoll ist. Das ist sicher eine Sache, die man noch einmal genauer untersuchen müsste. Aber ich habe da auch Vertrauen zu den Anwälten, dass sie die Familien in der Hinsicht so beraten, dass dabei für die Familien nicht so viel Belastung, aber möglicherweise doch auch Entlastung herauspringt.

Serkan Tören (FDP): Haben andere Organisationen oder Opferverbände auch vor

der Aufdeckung der Morde einmal Kontakt zu den Familien gesucht? Haben Sie darüber Kenntnis?

Auskunftsperson Barbara John: Das ist mir nicht bekannt. - Ja, doch, natürlich. Der Weiße Ring hat doch zu vielen Opferfamilien in Hamburg ganz ausführlich, sehr nachhaltig und auch eindrucksvoll Kontakt aufgenommen. Auch in Nürnberg ist das erfolgt. Da gab es Ratschläge; da gab es besonders auch Hinweise auf das OEG, weil das während der Zeit, als die Täter nicht ermittelt waren, im Grunde der einzige Anknüpfungspunkt war, um dann auch Verdienstaussfälle oder überhaupt Opferrenten zu bekommen. Das hat ja auch funktioniert, ohne dass der genaue Täter bekannt war. Das sind die Einzigen.

Von den anderen Opferverbänden ist, soweit ihnen die Familien bekannt waren, im lokalen Umfeld der eine oder andere an sie herangetreten. Nachdem das nun bekannt geworden ist, haben sich einige Opferorganisationen an mich gewandt und gebeten, doch Kontakt zu den Familien herzustellen. Ich habe dann die Familien gefragt; aber sie haben gesagt, sie hätten jetzt schon einen Rechtsanwalt, und nun könnten sie mir das ja auch sagen. Das ist dann also erst einmal nicht in Anspruch genommen worden.

Serkan Tören (FDP): Es gab ja auch Ermittlungsmaßnahmen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Letzte Frage, Herr Kollege, bitte.

Serkan Tören (FDP): Ach so, die Zeit ist schon um. Sorry.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, Sie können noch eine stellen, aber das ist dann die letzte.

Serkan Tören (FDP): Es gab ja auch Ermittlungsmaßnahmen gegen die Familien. Ein konkretes Beispiel haben Sie erwähnt: DNA-Proben. War da noch irgendetwas anderes, von dem Sie sagen: „Das war dann für die Familien auch einfach zu viel“, also konkrete Ermittlungsmaßnahmen gegen die Familienangehörigen?

Auskunftsperson Barbara John: Na ja, ich habe ja die Aussagen von Semiya Sim-

sek deutlich gemacht, die Sie auch in einigen Pressedokumentationen nachlesen können. Die Familien haben sich doch insgesamt sehr bedrängt gefühlt, weil immer wieder nachgebohrt worden ist, ob da nicht doch eine Verbindung in das Mafiamilieu hinein besteht, Ehrenmordvorstellungen, Rachezüge und dergleichen mehr. Wie gesagt, die schlimmste Wirkung war immer, dass da Misstrauen in die Familien und in das soziale Umfeld gesät worden ist, was dann leider auch seine bössartigen Früchte trug. Wie das im Einzelnen gelaufen ist - ich kenne einige Geschichten, aber ich stehe jetzt unter dem Versprechen, dass ich mich dazu nicht äußere. Ich habe nicht gefragt, ob ich das hier im Untersuchungsausschuss erzählen darf, aber allgemein haben viele Familien natürlich gesagt: Wir möchten nicht, dass das in irgendeine Öffentlichkeit kommt. - Ich bitte Sie jetzt dafür um Verständnis. Wenn Sie daran wirklich interessiert sind, könnte ich in einigen Fällen noch einmal nachfragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Das Wort hat die Kollegin und Vizepräsidentin Petra Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke schön erst einmal an Sie, Frau John. Herzlichen Dank nicht nur dafür, dass Sie uns heute in dieser Weise zur Verfügung stehen, sondern vor allen Dingen natürlich für die Arbeit, die Sie schon geleistet haben und - das haben Sie sehr eindrucksvoll unterstrichen - die zu leisten Sie auch weiter vorhaben.

Bevor ich Fragen stelle - viele sind schon beantwortet worden -, hätte ich einen Wunsch, und zwar gar nicht an Frau John, sondern an diejenigen, die das dorthin, wo es hingehört, weitertragen können. Es möge doch in den nächsten zwei, drei Tagen das Telefon von Frau John noch öfter klingeln, und zwar nicht mit dem Auftürmen neuer Probleme, sondern mit der Frage: Wie können wir die Probleme, die hier vorgetragen wurden, möglichst schnell und unbürokratisch in den einzelnen Bereichen lösen, sei es in der Verantwortung der Länder oder in der Verantwortung von Behörden des Bundes, auch wenn es um die Auslegung von bestimmten Vorschriften geht? Ich denke beispielsweise nur an die Anrechnung von Transferleistungen auf Opferentschädigung und anderes, sodass Sie sich dann anderen,

vielleicht auch weiter reichenden Themen zuwenden können.

Es ist schon nach der anwaltlichen Vertretung der Familien gefragt worden. Habe ich es richtig verstanden, dass, wenn es überhaupt Informationen zum Fortgang der Ermittlungen bzw. zur Aufklärung der Dinge, die dort geschehen sind, gibt, dies im Moment tatsächlich nur gegenüber den Rechtsanwälten geschieht und dass es offensichtlich - zumindest nach Ihren Recherchen - auch nur so geschehen kann? Denn dann wäre es für uns tatsächlich wichtig, noch einmal zu klären, welche Familien - aus welchen Gründen auch immer - keine solche Zugangsmöglichkeit haben und wie man die schaffen kann.

Auskunftsperson Barbara John: Ja, es ist richtig, dass das derzeit nur über die Anwälte erfolgt und dass direkte Kontakte aus rechtlichen Gründen nicht möglich erscheinen. So ist es mir gesagt worden.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich nehme an, Sie sehen es ähnlich, dass es für die Familien natürlich ausgesprochen schwer ist, nach dieser Art der Traumatisierung weiter auf die Zeitungen oder auf die öffentliche Darstellung in einer Weise angewiesen zu sein.

Sie haben über die Dinge geredet, die jetzt ganz drängend zu lösen sind, um in der Lebenssituation, in der die einzelnen Angehörigen jetzt sind, erst einmal Soforthilfe zu leisten. Wenn sich dann mein Wunsch erfüllen sollte, der uns hier sicherlich eint, dass das möglichst bald gelöst ist, dann stellt sich natürlich die Frage, wenn spätestens im Herbst, wie der Generalbundesanwalt sagt, die entsprechenden Anklagen erhoben werden, wie sich die Begleitung, Betreuung und Arbeit mit den Angehörigen nach dieser Organisation von Soforthilfe gestalten wird. Ich denke, nicht nur wir haben eine Verantwortung im Umgang mit Angehörigen, wenn wir sie denn hier zu bestimmten Fragen hören sollten - Sie haben schon darauf aufmerksam gemacht, wie man das vorbereiten müsste -, sondern das gilt sicherlich erst recht dann, wenn das Ganze wieder öffentlich und in aller Breite verhandelt wird.

Hatten Sie überhaupt schon Gelegenheit, Vorstellungen zu entwickeln, wie sich die Arbeit der Ombudsfrau dann nach dieser ersten akuten Phase gestalten sollte bzw. ob sie sich dann weiter gestalten muss oder wie

auch hier den Angehörigen weiter zur Seite gestanden werden muss, vielleicht nicht nur durch Barbara John und die Ombudsfrau, also welche Voraussetzungen wir, die Politik - nicht der Untersuchungsausschuss -, vielleicht schaffen müssten?

Auskunftsperson Barbara John: Frau Pau, ich bitte Sie um Verständnis, dass ich immer froh bin, wenn ich den nächsten Tag einigermaßen hinter mich bringe, wie Sie wahrscheinlich auch oft.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut.

Auskunftsperson Barbara John: Ich habe mir aber doch vorgenommen, die Erfahrungen etwas zusammenzufassen, so dass ich dann vielleicht Hinweise geben könnte, die nützlich wären, wie das weitergeht. Sie haben ja recht: Wenn Klage erhoben wird, wird sehr viel auf die Opfer zukommen, und dann brauchen sie auch eine Begleitung. Das ist sicher ein Thema, das sie im Moment noch nicht interessiert, weil sie natürlich nicht daran denken. Sie können sich vorstellen - ja, so wie es ist -, dass es der tägliche Kleinkram ist, der sie herunterreißt und aus dem sie nicht herauskommen, weil das Geld fehlt, weil man die Ausbildung nicht machen kann oder weil man nicht sicher für ein paar Monate in die Türkei zurückfahren kann, weil man nicht weiß, ob man ohne Visumsverfahren wieder hier hereinkommt, und dergleichen mehr. Das ist das, was sie im Moment mehr bewegt. Aber danke; der Hinweis ist ganz richtig.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Vorsitzender, habe ich noch Zeit für eine Frage, oder ist die Zeit um? - Sehr schön.

Dann würde ich gerne noch auf einen anderen Komplex zu sprechen kommen. Sie haben das selbst in öffentlichen Äußerungen und auch heute mit Ihren Vorschlägen zur Änderung in die Debatte eingeführt, und zwar die - sage ich einmal vorsichtig - eingeschränkte Wahrnehmung von Ermittlungsbehörden bzw. auch die eingeschränkten Ermittlungsrichtungen. Welche Reaktionen sind Ihnen denn in der Öffentlichkeit zu diesen Äußerungen zuteilgeworden, spätestens nachdem es im Jahre 2006 zum Beispiel auch eine Demonstration von Verbänden von Migranten unter der Überschrift „Kein 10. Opfer“ gegeben hat, wo sie ja versucht haben, in die Öffentlichkeit zu drängen, dass

man jetzt an dieser Stelle auch in Richtung eines rassistischen Motivs ermitteln sollte bzw. müsste, auch in der öffentlichen Darstellung? Mich würde interessieren, wie das reflektiert wurde und was Sie dazu auch an Kritik vorgetragen haben.

Zweitens. Sie haben schon auf Ihre Erfahrungen als Berliner Ausländerbeauftragte aufmerksam gemacht, auch mit Blick auf die Vorschläge zur Qualifizierung in der Polizeiausbildung. Haben Sie neben den Dingen, die Sie heute schon vorgetragen haben, auch da Ansatzpunkte oder Vorschläge, in welche Richtung man zur Qualifizierung beitragen sollte?

Auskunftsperson Barbara John: Darf ich noch einmal nachfragen, Frau Abgeordnete Pau? Die erste Frage habe ich nicht ganz verstanden. Sie haben auf die Demonstrationen abgehoben, die es ja gab, bevor die Täter ermittelt worden sind.

Petra Pau (DIE LINKE): Richtig. Es gab diese Demonstration im Jahre 2006: „Kein 10. Opfer“. Nach meiner Wahrnehmung - ich habe mir das noch einmal angeguckt - waren die Veranstalter vor allen Dingen Verbände, in denen sich Migrantinnen und Migranten organisieren. Sie wollten darauf aufmerksam machen: Es könnte auch sein, dass ein rassistisches Motiv dahintersteht und eben nicht all das, was aufgeworfen wurde. - Es wurde nicht in diese Richtung ermittelt.

Sie haben kritisiert - heute hier, aber auch in vielen Interviews bis zum heutigen Tage -, dass man eben offensichtlich überhaupt nicht in diese Richtung ermittelt hat, auch nicht nach öffentlichen Hinweisen oder Fragen. Mich interessiert noch einmal, welche Reaktionen Sie darauf bekommen haben.

Auskunftsperson Barbara John: Ach so. Ich hatte dann ja auch in der Öffentlichkeit auf eine Änderung in der Polizeiarbeit in Deutschland hingewiesen, und die reflexhaften Äußerungen, die von der Polizeigewerkschaft ja immer kommen, gingen doch in eine Richtung: Wir brauchen nicht besser ausgebildete Polizisten; wir brauchen mehr Polizisten. - Offensichtlich interessiert also nicht so sehr die Qualität, sondern die Quantität. Das war aus meiner Sicht natürlich ein Armutszeugnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Dann ist das Fragerecht jetzt bei der Fraktion

Bündnis 90/Die Grünen und beim Kollegen Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor ich da anschließen will, Frau John, noch ein Hinweis, weil der Generalbundesanwalt offenbar nicht mehr vertreten ist. Er war heute Vormittag vertreten. Zur Information der Angehörigen der Opfer haben wir das Institut der Nebenklage. Alle sind nebenklagebefugt, und wenn sie kein Geld haben, wird ihnen ein Anwalt/eine Anwältin beigeordnet. Darauf haben sie einen Anspruch. Die Staatsanwaltschaft ist gesetzlich auf formalisierte Informationswege verpflichtet. Das ist einfach so.

Auskunftsperson Barbara John: Ja, das stimmt. Das verstehe ich auch.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von daher: Treffen mit den Anwälten, wie es geplant ist, ist gut, und wenn Sie noch einmal sozusagen als unsere Vermittlerin dienen könnten! Jeder sollte es auch tun, auch aus den Begleitfunktionen heraus, die die Kollegin Pau geschildert hat.

Frau John, das kann ich Ihnen nun nicht ersparen: Nicht nur die Polizeigewerkschaften haben auf Ihre Äußerung reagiert, sondern der Berliner Innensenator nannte sie wörtlich „unglücklich“. Kann es sein, dass dieser Impuls, den Sie hier auch vermitteln und den wir voll unterstützen, auch bei einigen Innenministern und Innensensatoren ankommen muss? Denn die Äußerung, über die man sich erregt hat, lautete: Viele Polizisten kennen Einwanderer nur als Tatverdächtige. - Dass sie sie als Tatverdächtige kennen, kann ja wohl niemand in Abrede stellen - das liegt im Beruf begründet -, sondern die - so denke ich - zu bedauernde Aussage war: Sie kennen sie *nur* als Tatverdächtige.

Ich würde Sie deswegen bitten, das noch einmal zu interpretieren und auch Ihre Erfahrungen zu schildern. Sie haben selber gesagt, dass Sie nun fast jahrzehntelang die erste Ausländerbeauftragte waren, die wir in Deutschland in einem Landesparlament oder in einer Landesregierung überhaupt hatten. Sie haben diesen Prozess jahrzehntelang beobachtet, auch inwieweit die Polizei interkulturelle Kompetenz hat, inwieweit sich ihr Aussehen möglicherweise geändert hat, ob wir schon eine multikulturelle Polizei haben oder nicht doch noch eine sehr deutsche,

auch vom Aussehen her. Weil ich das alles gerne in den Abschlussbericht aufnehmen würde, bitte ich Sie, uns noch einmal zu sagen, dass die Notwendigkeit besteht, dass sich hier etwas ändert.

Auskunftsperson Barbara John: Es liegt ja auf der Hand, dass gerade die Polizei in ihrem fokussierten Aufgabenbereich ganz am Anfang, als wir Einwanderungsgesellschaft wurden, zuerst niemanden in der Familie hatte, der einen Einwanderungshintergrund hatte, auch nicht im Bekanntenkreis. Es war niemand da als Kollege. Das hat sich zum Teil geändert, aber sicher nicht ausreichend geändert. Ich habe mir das damals als Beauftragte hier in Berlin - 1980 hatten wir die großen Race Riots in England, Birmingham - sehr zu Herzen genommen. Mir ist natürlich klar geworden: Wem begegnen die Einwanderer eigentlich zuerst in der Öffentlichkeit, in den Institutionen kommen auf sie zu? Das sind vor allem zwei Institutionen: Das ist einmal die Ausländerbehörde, die ihnen die Erlaubnis erteilt oder verweigert, hierzubleiben oder ihre Angehörigen nachzuholen, und das ist die Polizei, die sie kontrolliert und die sie natürlich zu Recht, aber manchmal eben auch zu Unrecht, wie das bei anderen Bürgern ebenfalls ist, für Tatverdächtige hält. Das ist ja eine allgemeine Aussage.

Aber wenn ich als Polizist nur diese Perspektive habe und wenn ich mir dann noch die tägliche Presse zu Gemüte führe, in der natürlich auch oft nur diese Perspektive wiedergegeben wird, wenn ein Migrant als Tatverdächtiger oder als Täter festgestellt wurde und vielleicht sogar schon als Täter verurteilt wurde, dann muss das einfach die Vorstellung prägen, und das tut es ja auch. Wir hatten viele Fälle, in denen es zu gegenseitigen Anzeigen kam. „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ hieß es dann, wenn ein Ausländer einmal etwas - - Na ja, vielleicht hat er auch die Verhaltenskodex übertritten, aber es kam dann natürlich gleich die Retourkutsche, oder es fing anders an. Das war klar. Wir haben dann hier in Berlin diese Clearingstelle gegründet, wo man erst einmal zwischen den Betroffenen vermittelt hat - das war sehr wichtig -, sodass es nicht immer gleich in Gerichtsverfahren endete.

Wichtig ist, dass die Polizei - das haben die Engländer uns vorgemacht - ganz gezielt ihre Mitarbeiter aus allen Schichten rekrutiert, aber nicht mit dem Ziel - das war am Anfang

der Fall, gerade auch in Berlin -: Jetzt brauchen wir einen Kurdisch Sprechenden; den schicken wir dann, wenn die Kurden demonstrieren, damit er denen mal ordentlich sagt, wie das hier in Deutschland zuzugehen hat. - Der arme Kerl ist dann halbtot geprügelt worden, weil er die Loyalität verletzt hat.

All das ist hier ja geschehen - obwohl es in den Gesprächen immer wieder gesagt worden ist -, bis man lernte: Es geht zwar auch darum, die Arbeit zu erleichtern, aber nicht in so naiver, plumper Form, sondern es geht darum, dass die Polizei ein Spiegelbild der Gesellschaft sein muss und dass auch die Deutschen erkennen: Menschen, die eingewandert sind, sind selbstverständlich auch Polizisten, wie sie auch in anderen Professionen zu finden sind. - Das macht die neue Gesellschaft aus.

Wir wissen, dass ein guter Polizist das Leben von Menschen sicherer machen kann und mehr schützen kann - jetzt sage ich das einmal etwas despektierlich - als ein Innenminister mit einem großen Stab; denn - das ist doch klar - der ist weit weg und muss die Rahmenbedingungen setzen. Deswegen ist es so wichtig, dass sich die Polizei auf diesem Feld auskennt und dass auch die Haltungen der Polizisten über jeden Zweifel erhaben sind. Das heißt, da muss ich die Besten haben. Das gilt für die Ausländerbehörde, und das gilt für die Polizei.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Während man Ihre Äußerungen teilweise mit Skepsis aufnahm - wir haben es erörtert -, erschien ein Kalender der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern, in den Medien, hinter den sich der Bundesvorsitzende dieser Gewerkschaft gestellt hat. Kennen Sie diesen Kalender, und fühlen Sie sich durch ihn in Ihrer Kritik widerlegt oder eher bestätigt?

Auskunftsperson Barbara John: Na ja, Herr Wieland, ich habe das, als ich in Irland war, natürlich wahrgenommen und habe mir diese Abendvergnügen und Entspannungsübungen der bayerischen Polizisten angeschaut. Es war mir vollkommen klar. Das muss man sich einmal vorstellen! Dass so etwas geschieht, ist uns allen, glaube ich, klar, obwohl gesagt wird: Das kommt ja nie vor. Wir denken ja nie so. - Es muss so sein. Denn wie kommt es sonst in einen Kalender, den ich als Polizeigewerkschaft natürlich mit einem Werbeeffekt in die breite Öffentlichkeit

streue? Das heißt: Wir sind stolz darauf, dass wir so denken. Wir sind stolz darauf, dass wir darüber Witze reißen. - Was soll man dazu noch sagen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zur Information: Es liegt eine Wortmeldung aus Bayern vor, wobei die Polizeigewerkschaft hier nicht vertreten ist, sondern die bayerische Landesregierung; aber gleichwohl. Herr Köhler.

Lothar Köhler (Bayern): Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass das ein Kalender des Landesverbandes der Deutschen Polizeigewerkschaft und nicht der bayerischen Polizei ist, dass dieser Kalender in Bayern in der Führung der bayerischen Polizei doch erhebliche Kritik ausgelöst hat und dass eigentlich in weiten Teilen der bayerischen Polizei darauf hingewirkt worden ist, dass dieser Kalender nicht in den Diensträumen aufgehängt werden kann. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. Das war ein Hinweis. Ich denke, die Tatsachen sind eindeutig, dass das eine Veröffentlichung der Polizeigewerkschaft, Landesverband Bayern, gewesen ist.

Als Vertreter des Justizministeriums ist Herr Dr. Greßmann anwesend. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Generalbundesrechtsanwaltschaft nicht vertreten ist. Deswegen habe ich die Frage, ob Sie uns helfen können - sonst müssen wir das am 22. März in der Beratungssitzung nachholen - und etwas zu der Frage sagen können, ob die Anwälte der Angehörigen bereits als Nebenklageberechtigte bzw. Verletztenbeistände anerkannt worden sind. Ich hatte den Generalbundesanwalt in der letzten Woche jedenfalls so verstanden, dass es für 14 Anwälte bereits so in dem Sinne erfolgt sei.

MR Dr. Michael Greßmann (BMJ): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es ist so, dass zu diesem Treffen eingeladen worden ist. 14 sind schon bestellt. Diejenigen der Opfer, die noch nicht anwaltlich vertreten sind, wurden aber auch mit den Hinweisen - darauf hat Herr Abgeordneter Wieland hingewiesen - angeschrieben, dass sie sich als Nebenklageberechtigte anwaltlich vertreten lassen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, und auch mit dem Ziel verbunden, dass die anfallenden Gebühren übernommen werden und nicht von den Angehörigen zu erbringen sind. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Das war jedenfalls die Auskunft aus der Rechtsausschusssitzung der letzten Woche.

Jetzt stellt sich eine Verfahrensfrage: Brauchen wir eine zweite Berliner Stunde? Ansonsten würde ich vorschlagen, dass die beiden weiteren Sachverständigen jetzt dazukommen, jeweils ihre Statements abgeben und wir dann noch eine zweite Berliner Stunde mit den drei Sachverständigen machen. Oder kann auf Frau John bereits verzichtet werden?

(Sönke Rix (SPD): Nein!)

- Es ist gewünscht, Frau Professor John, dass Sie uns noch erhalten bleiben.

Dann darf ich noch einmal begrüßen Frau Christina Büttner, Mitarbeiterin der mobilen Opferberatungsstelle ezra aus Thüringen, und Frau Martina Linke, Expertin der Opferhilfeorganisation Weißer Ring zu Fragen des Opferschutzes und der Begleitung in Strafverfahren. Frau Büttner könnte, weil sie alphabetisch die Erste ist, gerne beginnen, wenn sie sich gesetzt hat. - Frau Büttner, Sie haben das Wort.

Auskunftsperson Christina Büttner: Erst einmal herzlichen Dank für die Einladung zur Anhörung. Ich möchte zuerst kurz sagen, welches der Hintergrund meiner Arbeit ist.

Vor mehr als zehn Jahren wurden in den ostdeutschen Bundesländern und in Berlin die ersten staatlich geförderten Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ins Leben gerufen. Das sind ReachOut in Berlin, die Opferperspektive in Brandenburg, LOBBI in Mecklenburg-Vorpommern, die Mobile Opferberatung von Miteinander e. V. in Sachsen-Anhalt, RAA in Sachsen und jetzt ezra in Thüringen. ezra ist die jüngste der Beratungsstellen, weil es im Zuge des Landesprogramms, das in Thüringen neu entstanden ist, einen Trägerwechsel gab. Es heißt „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit [sic!]“. Im Zuge dieses Landesprogramms gab es einen Trägerwechsel, und ezra ist seit Anfang April letzten Jahres in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Die evangelische

Kirche hat sich schon längere Zeit im Themenfeld Rechtsextremismus engagiert und möchte das Engagement jetzt auch in die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt weitertragen.

In den westdeutschen Bundesländern gibt es erst erste Ansätze für Opferberatungsprojekte in einzelnen Bundesländern, im Saarland, im Rheinland und in Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen entsteht jetzt auch eine größere Struktur. Das ist aber noch nicht mit den seit zehn Jahren bestehenden Strukturen in den ostdeutschen Bundesländern vergleichbar. Betroffene gibt es aber nichtsdestotrotz in allen Bundesländern in Deutschland. Gerade jetzt gibt es in den westlichen Bundesländern eine größere Anzahl von Betroffenen der NSU.

Rechte und rassistische Gewalt sind aber keine neuen Phänomene, auch nicht seit den 2000er-Jahren und seit den Morden, die die drei Täter des NSU, die bisher bekannt sind, begangen haben. Diese Gewalt begleitet die Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands von Beginn an. Anfang der 90er-Jahre zeigte sich in Hoyerswerda, in Rostock, in Mölln und in Solingen ein sehr verstörendes Bild von roher, zerstörerischer Gewalt, die sich vor allem gegen Menschen richtete, die nicht deutsch und nicht weiß sind. Die Täter zeigten offen ihre rechte und rassistische Einstellung, und was besonders schwer wiegt: Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel der Stadt Hoyerswerda haben sich nicht etwa schützend vor die Angegriffenen gestellt, sondern haben sogar applaudiert.

In den folgenden Jahren gab es in allen Bundesländern - und gibt es noch - alltäglich Angriffe auf Menschen, die eingeschüchert, beleidigt, verletzt oder sogar getötet werden.

Die Opferberatungsprojekte beraten und unterstützen die Opfer, zu deren sie Zugang bekommen, deren Angehörige und Zeuginnen und Zeugen. Darüber hinaus werden von den Opferberatungsprojekten auch Angriffe dokumentiert, recherchiert und dokumentiert, um abzubilden, wie groß das Problem ist. Das geschieht in den jeweiligen Bundesländern. Gestern oder heute sind wahrscheinlich die gemeinsamen Zahlen der Rechercheergebnisse der Opferberatungsstellen aus den östlichen Bundesländern in der Presse erschienen.

Dieses unabhängige Monitoring bildet ab, was in der Zivilgesellschaft an Taten bekannt wird, die nachvollziehbar einen rechten, rassistischen, antisemitischen Tathintergrund

bzw. eine solche Tatmotivation haben. Das deckt sich dann nicht immer mit den Einschätzungen der Ermittlungsbehörden und mit den Einschätzungen, die am Ende auch die Bundesregierung abgibt. Bekannt ist Ihnen wahrscheinlich auch, dass es eine ziemlich große Diskrepanz allein bei der Einordnung der Todesopfer rechter rassistischer Gewalt in Deutschland seit 1990 gibt, je nachdem, welche Zahlen man nimmt. Es wurde recherchiert, wo solche Tathintergründe sehr wahrscheinlich sind bzw. nachgewiesen sind. Die zivilgesellschaftlichen Akteure, die da recherchiert haben, gehen von mindestens zwei Drittel mehr Fällen als die Bundesregierung aus.

Eine Schwierigkeit bei der Zählung ist zum einen die Wahrnehmung, von der wir eben auch von Frau John gehört haben. Zum anderen gibt es statistische Schwierigkeiten, dass also Fälle, bei denen die Justiz im Zuge der Gerichtsverhandlungen feststellt, dass es einen Tathintergrund gibt, der in diese Richtung geht, häufig nicht mehr in die Statistik übernommen werden. Dieser Abgleich der Zahlen findet nicht immer durchgängig statt.

Ich bin gebeten worden, heute aus meiner Arbeit als Mitarbeiterin von ezra vor allem über die Erfahrungen der Menschen zu sprechen, die wir unterstützen und begleiten. Dabei werde ich mich vor allem an den folgenden Fragen orientieren: Was passiert alltäglich, wenn Menschen zu Opfern rechter und rassistischer Gewalt werden, und zwar nicht nur in den Fällen, die in den Medien nachzulesen sind, sondern auch in diesen ganz alltäglichen Fällen? Mit welchen Problemen sind die Betroffenen konfrontiert, und wie reagieren die Ermittlungsbehörden?

Ich möchte vorher noch ein bisschen grundsätzlicher an das Thema herangehen: Worauf gründet sich Rassismus eigentlich, auf welchen Denkmustern, auf welchen Ideologien und Menschenbildern? Woher kommt das eigentlich? Ich möchte ein kurzes Zitat an den Anfang stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Büttner, ich glaube, das ist jetzt gar nicht so erforderlich. Wir werden dazu in der nächsten Sitzungswoche noch eine sozialwissenschaftliche Anhörung durchführen. Vielleicht können Sie uns einfach Fallbeispiele nennen oder können vielleicht zum Teil das bestätigen, was Frau John angedeutet hat, dass nämlich die Angehörigen, mit denen sie in Kontakt steht, eher von negativen Erlebnis-

sen, was zum Beispiel die Polizeiarbeit betrifft, berichtet haben.

Auskunftsperson Christina Büttner: Okay, dann gehe ich direkt zu Beispielen über.

Trotzdem noch ein ganz kleiner Ausflug: Wer ist von rassistischer Gewalt betroffen? Die Wahrnehmung, wer in Deutschland kein Deutscher ist, wer nicht zu der Mehrheitsgesellschaft gehört, ist manchmal sehr weit. Zum Beispiel trifft diese Einschätzung „Du gehörst nicht zu uns“, also diese Abgrenzung von Menschen, die häufig von Rassismus betroffen sind, häufig auch Menschen, die hier geboren sind, die aber oft einen Elternteil haben, der eben nicht hier geboren ist und der in unserem Sprachgebrauch einen Migrationshintergrund hat, vor allem dann, wenn dieser Elternteil nicht weiß ist. Also auch hier geborene Menschen, die sich als deutsche Staatsbürger empfinden und die auch einen deutschen Pass haben, sind häufig von Rassismus betroffen. Diese Ausgrenzung geht also sehr weit.

Ein Beispiel: Ein befreundetes Paar - die Frau stammt aus Deutschland, der Mann aus einem asiatischen Land - hat zwei gemeinsame Kinder, die in einer thüringischen Kleinstadt geboren wurden und aufgewachsen sind und die sich dort ganz zu Hause fühlen. Die Eltern leben aber in ständiger Sorge, dass ihre Kinder Opfer rassistischer Angriffe werden könnten. Wenn die Kinder so etwas erleben, scheuen sie sich davor, es ihren Eltern zu sagen, weil sie diese Sorge nicht vergrößern wollen. - Das ist ein ganz kleiner Ansatz.

Leider gibt es viele Beispiele dafür, dass Menschen allein aufgrund ihrer Hautfarbe angegriffen werden. Ein Beispiel aus unserer Arbeit ist eine junge Frau, die in ihrer Ausbildung in einem Krankenhaus neu in eine Thüringer Kleinstadt gezogen ist. Als sie in der Stadt unterwegs war, wurde sie auf offener Straße aus einer Gruppe Jugendlicher heraus angegriffen, bedroht und rassistisch beleidigt. Glasflaschen wurden ihr nachgeworfen. Sie wurde verletzt, konnte dann aber leicht verletzt entkommen. Sie hat sich seither nie wieder in diesen Ort getraut, hat ihre Ausbildung trotzdem weitergeführt. Das war nur möglich, weil das Krankenhaus bereit war, ihr ein Zimmer auf dem Gelände des Krankenhauses zur Verfügung zu stellen. Am Wochenende, wenn sie frei hatte, wurde sie von ihrem Vater abgeholt und wieder hin-

gebracht. Sie lebte also in ständiger Angst und in der Folge in völliger Isolation. - So weit können die Folgen gehen.

Ein weiteres Beispiel: Ein Mann, der aus einem nordafrikanischen Land stammt und mit seiner Frau und seinen Kindern in einer kleinen Thüringer Stadt lebt und sich dort sehr wohl fühlt, sich auch in die Gesellschaft einbringen will, stößt immer wieder an Grenzen. Er findet keine Arbeit vor Ort und muss schließlich nach Hessen pendeln. Auf seinen Zugreisen nach Hause wird er immer wieder rassistisch beleidigt. Vor allem, wenn er Thüringen näher kommt, nimmt das deutlich zu. Er fühlt sich da, wo er arbeitet, eigentlich wohler als da, wo er lebt. Als er in den Ferien mit seinen Kindern in der Stadt unterwegs ist und noch Geld in einer Bankfiliale abheben will, folgen ihm mehrere Männer, bedrohen und beleidigen ihn in dem abgeschlossenen Raum dieses Bankschalters und hindern ihn daran, den Raum zu verlassen. Als sie ihn endlich in Ruhe lassen, nehmen sie noch das von ihm vor der Bank abgestellte Fahrrad mit. Als er bei der Polizei eintrifft, um den Vorfall anzuzeigen, wird seine Anzeige nicht aufgenommen. Erst mithilfe eines Rechtsanwalts und der Opferberatung gelang es dann, diese Anzeige überhaupt bei der Polizei einzureichen.

Häufig von rassistischer Gewalt betroffen sind auch Asylsuchende, die oft sehr abgeschottet auf dem Land abgelegen leben, manchmal keine Sprachkenntnisse mitbringen und häufig auch Schwierigkeiten haben, sich adäquate Hilfe zu suchen, einmal wegen der Sprachbarriere und zum anderen, weil sie bestimmte Bereiche nicht verlassen dürfen und auch Schwierigkeiten haben, innerhalb des Bundeslandes irgendwohin zu reisen, und weil sie auch keine Kenntnis haben, welche Hilfsangebote bestünden.

Ein aktuelles Beispiel - das ist erst vor kurzem passiert -: Ein minderjähriger Junge, der als Asylsuchender in einer Gemeinschaftsunterkunft lebt, wollte mit anderen jungen Männern zusammen ausgehen. Einer aus der Gruppe hatte Geburtstag. Vor der Disco des Ortes wurden sie von dem Einlass nicht hereingelassen. Der Einlass rief aber einen seiner Kollegen herbei. Gemeinsam gingen sie dann auf dem Hof vor dieser Disco auf die drei Jugendlichen los, griffen sie an, verletzten sie, vor allem den jüngsten. Jemand, der das mitbekam, hat die Polizei gerufen. Als die Beamten kamen, haben sie erst einmal die Papiere kontrolliert, weil es

sich ja um Asylbewerber handelte, ob sie sich denn da rechtmäßig aufhalten. Der junge Mann, der blutete, wurde in der Zeit nicht ärztlich versorgt. Es wurde auch kein Arzt gerufen. Nachdem sich zeigte, dass eine Aussage nicht möglich ist, weil die drei der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig waren, wurden sie auf den Weg nach Hause geschickt, ganz alleine, ohne Begleitung und ohne Hilfe auf diesem Weg.

Der Kontakt zur Opferberatung kam in diesem Fall zustande. Ein erstes Gespräch mit dem Jungen fand gemeinsam mit einem Dolmetscher statt, weil es anders nicht möglich gewesen wäre. Dabei wurde vereinbart, dass es eine Begleitung zur polizeilichen Anhörung geben soll. Dann wurde ein Termin mit der Polizei vereinbart. Die Polizei sagte uns, dass es keine Möglichkeit gibt, einen Dolmetscher zu finanzieren und zu organisieren. Deswegen hat das die Opferberatung übernommen. Als der betroffene junge Mann, der Dolmetscher, der Begleiter von der Opferberatung und der Vormund vom Jugendamt dort eintrafen, kamen sie in einen Raum, in dem der ermittelnde Beamte saß. Hinter seinem Schreibtisch hing an der Wand ein Plakat, einer Zeitung entnommen, mit der Überschrift: Sarrazin - hat er recht, oder ist er nur ein Hassredner? - Oben drüber stand handschriftlich geschrieben: „Er hat recht!!!“ Zum Glück konnte der betroffene Jugendliche, der dort aussagen wollte, das nicht zuordnen; aber so etwas hat natürlich auch einen Eindruck auf die Begleiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie mir bzw. uns allen ganz kurz sagen, wie Sie auf so etwas reagieren?

Auskunftsperson Christina Büttner: In dem Moment gab es keine adäquate Reaktion darauf, weil es erst einmal darum ging, dass der junge Mann dort seine Aussage machen konnte, und das in dem Moment wichtiger erschien. Er hatte ein großes Interesse daran, das auch zur Aussage zu bringen, sodass es erst einmal besser erschien, das auch tun zu können, als gleich zu reagieren. In dem Moment ist also keine Reaktion erfolgt.

Ein weiterer Fall - der letzte aus dieser Reihe, über den ich Ihnen berichten möchte - ist ein Fall, der sich auch wieder in einer Thüringer Kreisstadt ereignet hat. Ein Mann, der einen Döner-Imbiss, also einen Imbisswagen, in der Stadt betreibt und davon lebt,

ist in seiner Wohnung von jemandem überfallen worden, der im selben Haus wohnt. Der Überfall wurde zuerst gemeinsam von zwei Männern verübt; beide sind Mitglieder der NPD. Später kam ein dritter Mann dazu. Zu dem Zeitpunkt war die Polizei schon da. Der Mann wurde also praktisch in seiner Wohnung überfallen. Weil er gehört hatte, dass es an der Tür ganz laut ist, hatte er sich, als er zur Tür ging und merkte, dass die gleich drin sind, noch eine Eisenstange, die auf dem Balkon lag, mitgenommen, stand dann da, als die Männer eindringen, und hat sich in dieser Situation verteidigt.

Als die Polizei, die von anderen Hausbewohnern gerufen wurde, kam, wurde das Opfer, also der Überfallene, in Handschellen gelegt. In dieser Handmenge hat die Polizei nicht sofort mitbekommen, was da passiert. Aber nur er war in Handschellen. Es kam ein dritter Täter, der mit einem Messer bewaffnet war, in diese ganze Szenerie, der von der Polizei nur mit Pfefferspray davon abgehalten werden konnte, auf den in Handschellen Liegenden einzuschlagen oder mit dem Messer auf ihn loszugehen. Die Polizei war in diesem Zusammenhang selbst in einer bedrohlichen Situation.

Merkwürdigerweise wurde aber der Betroffene, der schon in Handschellen war, über Nacht mit auf das Polizeirevier genommen. Er war nur im Schlafanzug, weil er ja geschlafen hatte und aus dem Schlaf gerissen wurde, und musste so bei der Polizei übernachten. Als er dann am nächsten Tag morgens nach seiner Aussage darum bat, dass ihm ein Taxi gerufen wird, wurde ihm das verwehrt, und er musste wenig bekleidet durch die Stadt gehen. Er blutete auch und wurde in dieser Zeit nicht medizinisch betreut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Büttner, wenn Sie dann zum Schluss Ihres Statements kommen würden. Ich denke, einige Aspekte können wir noch durch Fragen herausarbeiten. Wenn Sie Einzelfälle nennen, ist unser Problem, dass sie für uns schwer überprüfbar sind. Insofern wäre es für mich zum Beispiel viel interessanter, wenn Sie einmal sagen könnten, in wie vielen Fällen Ihrer Tätigkeit im Bereich Opferberatung Sie zum Beispiel die Feststellung gemacht haben, dass die Polizei - jedenfalls vorgeblich - einschlägige Anzeigen nicht aufgenommen hat. Um für eine Bewertung sorgen zu können und mir ein Bild machen zu kön-

nen, helfen mir Einzelbeispiele nur bedingt. Vielleicht könnten Sie auch statistische Zahlen nennen: Mit vielen Leuten haben Sie Kontakt? Haben Sie besondere Auffälligkeiten festgestellt, wo man innerhalb von Thüringen sagt, dass die Szene dort besonders stark ist?

Auskunftsperson Christina Büttner: Für Thüringen kann ich nur für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 2011 etwas sagen, weil in diesem Jahr vorher nichts erhoben worden ist.

Wir haben Kontakt zu 71 Betroffenen. Wir haben für das Jahr 2011 49 Fälle registriert, die in Thüringen stattgefunden haben. Zehn Fälle aus den Vorjahren kamen hinzu, wo wir Betroffene unterstützen, die schon in vorhergehenden Jahren bzw. in anderen Bundesländern angegriffen worden sind. Das erscheint dann nicht in der Jahresstatistik.

Nicht nur bei Betroffenen von rassistischer Gewalt gibt es die Erscheinung, dass Anzeigen nicht aufgenommen werden, sondern auch in anderen Fällen. Wir haben das nicht statistisch erfasst. Ich selbst kann aus meiner eigenen Arbeit für drei Fälle ganz sicher sagen, dass Anzeigen nicht sofort aufgenommen wurden oder dass Hinweisen auf eine Straftat von der Polizei bzw. von den Ermittlungsbehörden nicht sofort nachgegangen worden ist. Das wurde mit verschiedenen Gründen erklärt. Es wurde dann von unserer Begleitung mit der Polizei aufgearbeitet. Aber es kommt häufiger dazu, wenn keine Unterstützung der Betroffenen vorhanden ist, dass sie manchmal sogar Schwierigkeiten haben, das überhaupt zu melden.

Ich kann das jetzt statistisch nicht absolut belegen. Dazu ist unsere Arbeit noch zu jung, und das ist auch nicht in dem Sinne erhoben worden. Ich kann es jetzt nur aus meiner Erfahrung sagen. Das kommt aber nicht so selten vor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Ein kurzes Schlusstatement, oder sind Sie so weit durch mit der Einführung?

Auskunftsperson Christina Büttner: Ein kurzes Schlusstatement. Ich möchte gerne noch sagen, dass es auch andere Betroffenenengruppen gibt, die mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben, dass die Tatmotivation, die zugrunde liegt oder zugrunde liegen könnte, in den Ermittlungen und auch später im gerichtlichen Verfahren

nicht immer eine Rolle spielt. Betroffenheit von rassistischer Gewalt geschieht nicht immer wie im Fall der NSU-Morde aus organisierten Strukturen heraus, sondern es sind im Alltag sehr häufig Übergriffe, die aus einem Hass heraus entstehen und die nicht aus ganz gefestigten rechten Strukturen heraus geschehen.

Für Thüringen kann ich sagen, dass es Angriffe auf Menschen gibt, die sich politisch engagieren, auf Nicht-Rechte, auf alternative Jugendliche oder auf alternative Menschen aus Zusammenhängen, die von rechten Strukturen abgelehnt werden, die Opfer rechter Gewalt - auch organisierter rechter Gewalt - werden und die häufig sehr große Schwierigkeiten haben, als Opfer wahrgenommen zu werden, dass diese Tathintergründe also auch gesehen werden. Für diese Opfer besteht auch noch die Schwierigkeit, in Zukunft sicher leben zu können. Für diese Menschen besteht häufig die Gefahr, immer wieder Opfer zu werden in einem sozialen Umfeld, in dem es eine rechte Dominanz gibt. Es gibt einige Regionen in Thüringen, wo man davon sprechen kann, dass es dort sehr gewalttätige Gruppen gibt, die auch wissen, wie sie andere Gruppen einschüchtern können, und wo sich die betroffenen Gruppen schon mit ihrer Opferrolle abgefunden haben, die Region verlassen oder auch versuchen, in der Gesellschaft deutlich zu machen, welche Probleme bestehen. Das ist aber ganz oft mit einer gewissen Abwehr aus der Gesellschaft heraus verbunden. Städte haben Angst, ihren guten Ruf zu verlieren, als Region zu gelten, in der man keinen Urlaub machen kann. Sie haben mehr Angst davor, als sich dieser Aufgabe zu stellen.

Häufig gibt es auch bestimmte Mechanismen, die in Kraft treten, sobald es um rechte Gewalt geht, dass dann also der Vorwurf geäußert wird: Wenn jemand Opfer rechter Gewalt wird, hat er ja vielleicht auch irgendetwas dafür getan. Es könnte sein, dass er linksextrem ist oder dass er irgendetwas gemacht hat, um diese Szene zu reizen, oder vielleicht selber angegriffen hat. - Ganz schnell verkehren sich da auch die Täter- und Opferrolle. Das sind Erfahrungen, die Betroffene gemacht haben, die sie manchmal daran hindern, noch Hilfe bei den Ermittlungsbehörden zu suchen, und die sich dann einfach zurückziehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Frau Büttner.

Damit kommen wir zu Frau Linke, die übrigens im Hauptberuf erste Kriminalhauptkommissarin ist, wie ich gelesen habe, und die vielleicht aus dieser Perspektive etwas beisteuern kann. - Frau Linke, Sie haben das Wort.

Auskunftsperson Martina Linke: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf im Auftrag des Bundesvorstands des Weißen Rings den Dank aussprechen, dass eine Einladung in den Untersuchungsausschuss erfolgt ist.

Zu Beginn möchte ich Ihnen kurz einige Zahlen zur Opferhilfeorganisation Weißer Ring überhaupt nennen. Die Opferhilfeorganisation arbeitet bundesweit seit 1976. Sie hat 55 000 Mitglieder und 3 000 ehrenamtliche Mitarbeiter aus verschiedenen Berufen. Im Jahr 2011 wurden durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter des Weißen Rings 10 709 Opferfälle mit 17 599 unterschiedlichen Opferhilfen bearbeitet. Opferhilfen sind geleistete Hilfen, Aufmerksamkeiten, Beratungsschecks für die Rechtsberatung, Beratungsschecks für psychosoziale Unterstützung, Ferienhilfen, Opferhilfen jedweder Art, die in Vorleistung gehen, zum Beispiel für in Verlust geratene medizinische Mittel wie Brillen und Ähnliches, Rechtshilfen überhaupt und Soforthilfen, die unbedingt notwendig sind, um das Leben weiter finanzieren zu können.

Zu den Opfern der Zwickauer Neonazi-Gruppe gab es 17 Fallbearbeitungen durch die Außenstellen des Weißen Rings mit 26 Opfern bzw. Hinterbliebenen. 13 Fälle gehen allein auf das Kölner Nagelbomben-Attentat zurück. In drei Fällen wurde gearbeitet, wo Ladeninhaber ermordet worden sind. Der Fall der Mutter der ermordeten Polizistin wurde ebenfalls vom Weißen Ring betreut.

Die Opferbetreuung umfasst in fast allen Fällen die gesamte Zeit, seitdem diese Tat passiert ist, und sie lebt jetzt durch die Ermittlungsergebnisse wieder auf, die zu dieser Zwickauer Neonazi-Gruppe geführt haben.

Sehr häufig haben uns Opfer mitgeteilt, dass ihnen das erste Mal im Gespräch mit den Opferhelfern geglaubt wird. Wir haben in diesem Kontext den Opfern geholfen, als das Tatmotiv der Täter überhaupt noch nicht bekannt war. Man muss vielleicht grundsätzlich zur Arbeit des Weißen Rings sagen, dass allen Opfern geholfen wird, unabhängig davon, welches Tatmotiv dahinter steht. Aber dieses Tatmotiv, das jetzt ermittelt worden ist, ruft natürlich eine besonders schwerwie-

gende psychische Verletzung der Opfer hervor.

Das bringt den Blick auf die Kriminalitätsoffer überhaupt, der in unserer Gesellschaft recht eindimensional stattfindet. Allgemein, aber auch polizeilich, justiziell und auch medial richtet er sich auf das individuelle Opfer einer Straftat. Diese einseitige Betrachtung der Opferproblematik ist ziemlich ungerecht, weil sie eine wichtige Gruppe von Betroffenen ausschaltet, nämlich die mittelbaren Opfer der Tat wie in den vorliegenden Fällen die Gesamtheit der Hinterbliebenen, die in den Familien unterschiedlich vorhanden sind. Die öffentliche Anerkennung des erlittenen Unrechts - vorzugsweise natürlich durch ein Gerichtsverfahren - ist für die Opfer und für die mittelbaren Opfer aber von entscheidender Bedeutung. Sehr häufig berichteten sie uns vom Verlust ihrer Würde durch die Ermittlungsbehörden und davon, dass sie erst durch die Opferhelfer das erste Mal eine achtsame Behandlung bekommen haben.

Eine respektvolle, achtsame Behandlung sollte durch alle Ermittlungsbehörden erfolgen. Menschen dürfen nicht - auch nicht in der Gerichtsverhandlung - als Prozessobjekt, gewissermaßen als menschliches Beweismittel gesehen werden. Nach den Erfahrungen der Opferhelfer des Weißen Rings ist die Wertschätzung und Opferempathie zwar gestiegen, und das Zweite Opferrechtsreformgesetz ist auch in den Ermittlungsbehörden per se umgesetzt worden, aber aus unserer Sicht sollte die Information nach § 406 h StPO zu einem definierten Qualitätsstandard in den Ermittlungsbehörden erhoben werden, um Opfern frühzeitig Hilfemöglichkeiten und Opferrechte aufzuzeigen; denn die Aufarbeitung des erlittenen Unrechts kann erst nach der Anerkennung als Opfer beginnen. Wenn wir Opfer in ihrer Opferrolle nicht anerkennen, können sie diese Tat, die ihnen geschehen ist, auch nicht in ihre eigene Biografie integrieren. Sie schieben praktisch die Aufarbeitung vor sich her, und zwar, wie wir in diesen schlimmsten Fällen gesehen haben, elf Jahre lang.

So viel vielleicht als Eingangsstatement.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ganz herzlichen Dank. - Ich würde dann das Fragerecht erst einmal direkt an die Fraktion geben und mich vielleicht später noch einmal einschalten. Dann hat jetzt der Kollege Binninger von der Unionsfraktion das Wort.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe nur eine Frage an Sie, Frau Linke; dann wird der Kollege Schipanski, ein Kollege aus Thüringen, übernehmen.

Sie haben gesagt, dass Sie den Opfern der Mordserie der Neonazi-Bande von Beginn an - zumindest in Teilen - geholfen haben. Wie kam da der Kontakt zustande? Hatten Sie Informationen von Polizeidienststellen, dass Sie sich mit ihnen in Verbindung setzen mögen? Haben Sie Presseauswertung gemacht, oder kamen die Opfer aufgrund von Hinweisen von Ermittlungsbehörden auf Sie zu? Wie lange hat die Hilfe dann gedauert?

Vielleicht noch kurz an Frau John gerichtet: Ist Ihnen bekannt, dass der Weiße Ring hier auch schon gearbeitet hat?

Auskunftsperson Martina Linke: Alle drei Varianten, die Sie genannt haben, sind passiert: Es sind Opfer von sich aus zum Weißen Ring gegangen, durch die Öffentlichkeitsarbeit, die in der davor liegenden Zeit stattgefunden hat. Auch durch die Polizei sind Opfer zum Weißen Ring gelangt. Wenn ich mich recht erinnere, ist das in Hamburg über die Polizei geschehen. Es sind auch Opferhelfer direkt auf die Opfer zugegangen, wobei dieses direkte Zugehen wirklich nur in Ausnahmefällen geschieht, weil es eine Erfahrung aus der Opferarbeit ist, dass es sehr negativ aufgefasst werden kann, wenn man die Opfer praktisch zum Hilfeersuchen drängt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe eine Nachfrage. Sie haben vorhin erwähnt, die Opferhelfer kommen aus vielen verschiedenen Berufen. Sie haben 3 000 ehrenamtliche Opferhelfer. Welche Berufsprofile verbergen sich dahinter? Sind ihre Opferhelfer in irgendeiner Weise auf ihre Aufgabe vorbereitet, oder bringen sie einfach das Wissen aus ihrem früheren Berufsleben mit? Was qualifiziert die Opferhelfer?

Auskunftsperson Martina Linke: Die Opferhelfer qualifiziert zuerst, so denke ich, dass sie helfen wollen und aktiv zuhören können. Zum Zweiten kommen sie aus Berufen: Sie kommen von der Polizei, wie das zum Beispiel bei mir der Fall ist. Sie sind Juristen, Psychologen oder Lehrer/Lehrerinnen. Wir haben Kindergärtnerinnen, aber auch Verkäufer, Angestellte aus anderen Be-

reichen des öffentlichen Dienstes. Das ist der Regelfall.

Wir haben eine aus meiner Sicht sehr gut strukturierte Aus- und Fortbildung für die ehrenamtliche Tätigkeit. Im Weißen Ring ist in den letzten zehn Jahren ein sehr klug konzipiertes Ausbildungssystem installiert worden. Nur nach einem besonderen Ausbildungsseminar, das bundeseinheitlich stattfindet, kann man überhaupt erst mit Opfern arbeiten, und dann auch nicht gleich direkt, sondern gemeinsam mit einem erfahrenen Opferhelfer.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau John, bitte.

Auskunftsperson Barbara John: Eine der Fragen auf meinem Fragebogen war: Werden oder wurden Sie durch eine Opferbetreuung der Polizisten - die es ja auch gibt, in Köln zum Beispiel der Weiße Ring -, eine Opferberatungsstelle betreut? Dann ist von Fall zu Fall auch der Weiße Ring genannt worden. Das waren natürlich die Einzigen. Da die Opfer aus der Sicht der Ermittlungsbehörden ja nicht existierten, sondern nur aus der Sicht des Weißen Rings, waren das die Einzigen, die wirklich mit den Familien zusammengearbeitet haben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Frau Büttner, ich bin selber aus Thüringen, ebenso wie der Kollege Kurth, der sicherlich auch noch etwas fragen wird. Das waren ja sehr persönliche Erfahrungen, die Sie geschildert haben. Ich denke, dazu gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Sie haben Einzelfälle aus Ihrem persönlichen Umfeld in Thüringen beschrieben. Ich denke, da gibt es auch andere in anderen Bundesländern. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass wir in Thüringen die höchste Aufklärungsquote haben, was extremistische Straftaten angeht. Wir haben in Thüringen auch keine Zensur. Natürlich können wir nicht gucken, welcher Polizist welches Buch liest.

Sie wissen natürlich auch, dass sich der Bund und der Freistaat Thüringen unwahrscheinlich engagieren, was die Bekämpfung von Rechtsextremismus angeht. Ich darf nur daran erinnern - wir kommen beide aus Landkreis Neudietendorf -: „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“. Im letzten Jahr wurden 24 Millionen Euro für dieses Programm bereitgestellt, im nächsten Jahr werden es 24,3 Millionen Euro sein. Wir haben

also bereits eine recht umfangreiche Struktur in den neuen Ländern, was Prävention und was Opferbetreuung angeht. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wie Sie mit den geförderten Gruppierungen - Sie sind ja nicht die einzige Organisation, die sich mit dieser Problematik beschäftigt - zusammenarbeiten, nicht nur mit den Opferbetreuungsgruppen, sondern auch mit den Einrichtungen, die wir in Thüringen sehr umfangreich in Richtung Präventionsarbeit haben. Teilen Sie sich das in dem Bundesland regional auf?

Auskunftsperson Christina Büttner: Eingangs möchte ich noch kurz Folgendes sagen: Weil ich Beispiele anführen wollte, in denen diese Problematik besonders deutlich wird, klang das sicherlich, als sei das gang und gäbe; das ist aber nicht der Fall. Es gibt natürlich auch viele Fälle, in denen positive Erfahrungen gemacht werden, in denen das nicht so negativ abläuft. Aber die Tendenz ist da, gerade bei Tathintergründen, mit denen wir in unserer Arbeit zu tun haben, weil wir keine allgemeine Aufgabe haben, sondern eben die Aufgabe, Opfer rechter, rassistischer, antisemitischer, homophober Gewalt zu begleiten und zu betreuen. Es gibt also natürlich auch positive Erfahrungen.

In Thüringen gibt es nicht nur die Opferberatung; es gibt die mobilen Beratungsteams, die in verschiedenen Regionen des Landes Thüringen tätig sind und die immer dann ihre Aufgabe haben, wenn es zum Beispiel Probleme in einem Landkreis gibt oder wenn Rechtsrockkonzerte in einer Region stattfinden und wenn es dort bestimmte Auffälligkeiten gibt. Diese Beratungsteams werden dann in der Region gemeinsam mit Partnern aus der Zivilgesellschaft und aus der Politik tätig und versuchen, Strategien gegen solche Ausprägungen zu entwickeln. Im Moment ist wieder Thema, dass es zum Beispiel Hauskäufe von Rechtsextremen oder von Organisationen, die in diese Richtung gehen, gibt.

Dann ist dort Move it! vor Ort. Wir arbeiten sehr eng zusammen, weil wir in Bereichen und in Regionen, in denen es kulturell eine rechte Hegemonie gibt, häufig mehr Opfer finden. Es kommt vor, dass aus diesen Gruppierungen, die vor Ort aktiv sind, manchmal auch verstärkt Angriffe stattfinden, allerdings nicht immer. Es gibt auch Regionen, in denen die NPD politisch vertreten ist und im Stadtrat oder im Kreistag sitzt, wo es gar nicht so viele Vorfälle - zumindest statis-

tisch von uns erfasst - gibt. Die gibt es dann aber vielleicht vermehrt in anderen Regionen. Das kann man jetzt nicht so direkt im Zusammenhang sehen. Aber natürlich gibt es da oft gemeinsame Aufgaben.

Daneben gibt es auch präventive Projekte. Diese beiden Projekte arbeiten immer anlassbezogen, immer dann, wenn schon etwas passiert ist. Die Opferberatung wird natürlich auch immer nur dann tätig. Unser Grundsatz lautet - das ist ganz wichtig -: Wenn wir beraten, dann beruht das auf Freiwilligkeit. Wir können die Menschen nur erreichen, wenn wir in die Regionen gehen, vor allem, wenn wir auch die erreichen wollen, die eben keine Anzeige machen und sich schon zurückgezogen haben. Wir haben in der Region intensive Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteuren, auch in Kirchgemeinden hinein und zur Polizei; das ist ganz gewiss ausbaufähig. Das liegt sicherlich daran, dass das Projekt noch jung ist. Ich glaube, man kann noch einiges machen, um mit den Opferschutzbeauftragten der Polizei enger zusammenzuarbeiten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielleicht darf ich da noch einmal nachhaken. Sie haben das vorhin sehr spannend formuliert: Sie unterstützen Opfer, zu denen Sie Zugang bekommen. Dazu haben Sie ein bisschen was aufgezeigt.

Vielleicht an Sie, Frau Büttner, die Bitte, noch einmal konkret zu sagen, wie die Leute auf Sie zukommen oder wie Sie an die Opfer kommen. Vielleicht auch, Frau Linke, an Sie die Frage, ob es nicht eine feste Struktur zwischen der Polizei und dem Weißen Ring gibt, ob die Polizei also auf Sie verweist und informiert und ob das beim Weißen Ring struktureller geprägt ist als zum Beispiel bei ezra in Thüringen.

Auskunftsperson Christina Büttner: Zum einen machen wir selbst Recherche und versuchen, wenn wir erfahren, dass es einen Vorfall vor Ort gab, über die Polizei Opferbriefe an die Betroffenen zu senden, also anonym. Natürlich wissen wir nicht, um wen es sich namentlich handelt. Die Polizei stellt sozusagen den Kontakt her, was in seltenen Fällen gelingt. Ich weiß nicht genau, woran es liegt; aber das ist ein schwieriger Weg.

Was sehr häufig gelingt, ist, wenn wir Kooperationspartner vor Ort haben, die sagen: Hier ist etwas passiert. Ich kenne jemanden, der Hilfe, der Unterstützung

braucht. Kann mal jemand von der Opferberatung vor Ort sein? - Da wir aufsuchende Beratung machen, können wir dann auch vor Ort fahren. Meistens findet dann ein erster Termin zusammen mit einer vertrauten Person statt, und dann steigt die Opferberatung in die Beratung und Begleitung ein. Die Betroffenen entscheiden immer selbst, inwieweit sie Hilfe benötigen und wobei sie Hilfe benötigen. Dann sind die Möglichkeiten der Unterstützung und Begleitung ziemlich weit gefächert.

Zur Polizei: Es gab eine Anfrage an den Thüringer Innenminister durch den Träger von ezra, weil es ein neues Projekt ist. Für das Vorgängerprojekt THO lagen die Flyer bei den Polizeidienststellen aus. Bei ezra gab es auf die Anfrage von Christhard Wagner von der EKM leider keine Zusage, sondern eine Absage durch das Innenministerium, das gemeint hat, es lägen schon Informationen zum Weißen Ring aus und es gebe Hinweise zu anderen Hilfen; es sei ein bisschen viel Papierkrieg, auch noch die Opferberatung zu empfehlen. Das ist aus unserer Sicht sehr schade; denn ich glaube, viele Betroffene wissen nicht, dass es diese Hilfe gibt, die staatlich finanziert ist. Es gibt eine spezielle Ausrichtung dieser Beratungsdienste, und wir arbeiten auch mit dem Weißen Ring und mit anderen Beratungsstellen zusammen, und zwar immer dann, wenn es Berührungspunkte gibt und wenn dort die größere Fachlichkeit in bestimmten Bereichen vorhanden ist oder das entsprechende Angebot. Insofern ist das keine Einbahnstraße. Ich glaube, das Beste ist, wenn Betroffene ganz schnell an die Stelle kommen, wo ihnen besonders effektiv geholfen werden kann, und das auch schnell zu vermitteln.

Auskunftsperson Martina Linke: Um auf Ihre Frage zu antworten: Es gibt eine sehr gute Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Polizeidienststellen bundesweit. Natürlich hängt das manchmal auch an Personen. Es gibt in Einzelfällen auch überhaupt keine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Polizeidienststellen und einzelnen Außenstellen des Weißen Rings, aber das ist nicht die Regel. Im Regelfall gibt es eine sehr gute, konstruktive Zusammenarbeit, die in sehr vielen Länderpolizeien zum Beispiel auch zu gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen in der Polizei führt, die zusammen mit dem Weißen Ring durchgeführt werden. Ich persönlich finde, dass die Darstellung der

Opfersicht aus der authentischen Darstellung der Opferhelfer des Weißen Rings ein wichtiger Fortbildungsinhalt für die Polizei ist.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): An Frau Linke gerichtet: Wir haben jetzt die Opferberatungsstellen ein bisschen ausgearbeitet, und Frau Professor John hat vorhin gesagt, man könne sich vorstellen, aus diesen Opferberatungsstellen Präventionsagenturen zu kreieren. Jetzt habe ich den Äußerungen von Frau Büttner entnommen, dass wir das in Thüringen schon haben. Dort haben wir sehr viele flächendeckende präventive Projekte und daneben diese Opferberatungsstellen. Jetzt haben Sie vielleicht einen Überblick über die alten Bundesländer. Wie ist es denn dort ausgeprägt?

Auskunftsperson Martina Linke: Die Opferberatung des Weißen Rings umfasst zu einem großen Teil natürlich auch präventive Projekte. Wir haben verschiedene Präventionsprojekte wie zum Beispiel Prävention im Team, wo in Schulen Anti-Gewalt-Veranstaltungen, Präventionsprojekte zu Toleranz und Ähnlichem, regelrechte Projekttage stattfinden. Das läuft in den alten und in den neuen Bundesländern.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, der vorhin geäußerte Vorschlag wird dort eigentlich schon ein Stück weit aufgegriffen. Ihr Auftrag ist also letztlich auch, schon ein ganzes Stück bei der Prävention mitzuwirken?

Auskunftsperson Martina Linke: Das ist vorhanden, obwohl es jetzt keine speziellen Präventionsagenturen gibt, wobei vielleicht noch einmal erklärt werden müsste, was darunter zu verstehen ist. Aber dass es jetzt eine Stelle gibt, die sich ausschließlich mit Prävention befasst, das ist sicher nicht so. Vielmehr werden in den Landesverbänden gemeinsam mit der Opferhilfe und der Opferberatung auch präventive Projekte durchgeführt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Frau Linke, ich habe noch eine Frage, die jetzt weniger auf Ihre Funktion im Weißen Ring abzielt, sondern mehr auf Ihre Erfahrungen als langjährige Kriminalbeamtin. Ich glaube, Sie waren mit Mordermittlungen zumindest beschäftigt bzw. davon tangiert. Was würden

Sie uns raten oder was müsste man tun, damit solche Verdächtigungen oder Verhaltensweisen, die dann zu einer weiteren Traumatisierung von Opfern führen, seitens der Ermittler möglichst vermieden werden können? Wo, glauben Sie, ist die Grenze bei dem Fall, dass man leider in alle Richtungen ermitteln muss, weil man keine Hinweise hat? Wann überschreitet man diese kriminaltaktische Notwendigkeit und trägt eher zur Stigmatisierung bei? Könnten Sie uns einen Erfahrungswert nennen und sagen, was da zu beachten wäre? Frau John hat einige Male darauf abgehoben, indem sie gesagt hat, man brauchte eine Stelle, die mit den Ermittlern nicht direkt zu tun hat, also so etwas wie Sachbearbeiter, die sich um die Opfer kümmern. Gibt es bei der Berliner Polizei innerhalb der Organisation Ähnliches?

Auskunftsperson Martina Linke: Ich darf in diesem Untersuchungsausschuss nur als ehrenamtliche Mitarbeiterin des Weißen Rings antworten. Wenn Sie mich als Polizeibeamtin befragen wollen, brauche ich eine Extra-Aussagegenehmigung. Das vielleicht vorab.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war mein Fehler, tut mir leid. Ich formuliere die Frage umgekehrt. Dann möchte ich einfach Ihre Erfahrungen aus vielen betreuten Fällen wissen, wo es um Opfer von Straftaten ging und wo man Ihnen gesagt hat: Wir fühlen uns durch das Verhalten, dass uns keiner zuhört, dass uns keiner glaubt, alleingelassen. Sie sind die Ersten, die uns zuhören. - Das war vorhin so ein Satz. Man muss zuhören können. Was ist da schiefgelaufen, dass es zu solchen Reaktionen kommt? Was muss man tun, damit sich so etwas nicht wiederholt, aus Ihrer Erfahrung mit der Opferbetreuung vom Weißen Ring?

Auskunftsperson Martina Linke: Aus meiner Erfahrung der Opferbetreuung vom Weißen Ring kann ich sagen, dass der Polizei eine erfolgreichere Arbeit ermöglicht würde, wenn in jedem Fall achtsam und empfindsam mit Opfern und insbesondere mit Hinterbliebenen - wir haben es ja überwiegend mit Hinterbliebenen zu tun - gearbeitet würde. Ich denke aufgrund meiner Erfahrung im Umgang mit Opfern, dass man mit Beschuldigungen und Tricks keine Straftat aufklären kann.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das war das Beispiel von Frau John.

Auskunftsperson Martina Linke: Ja, das habe ich auch in der Zeitung gelesen. Deshalb ist mir das, was Frau Simsek ausgeführt hat, hier eingefallen. Ich hoffe immer noch ganz für mich, dass das nicht den Tatsachen entspricht. Das ist meine Hoffnung.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann hätte ich noch eine Frage an Frau Büttner. Könnten Sie uns vielleicht noch einmal etwas aus Ihrer direkten praktischen Arbeit sagen. Wenn Sie Kontakt zu einem Opfer rechtsextremistischer Gewalt haben und wenn diese Gewalttat neben der Verletzung im engeren Sinne dazu geführt hat, dass das Opfer sein Sozialverhalten komplett verändert - dafür haben Sie vorhin ein Beispiel genannt -, vielleicht nicht mehr aus dem Haus geht, vielleicht sogar wegzieht und sich nicht mehr zur Arbeit traut, dann sind das ja Verletzungen, die lange nachwirken und wo der Satz gilt: Opfer bleibt man immer. Der Täter hat es irgendwann vergessen, aber Opfer bleibt man auf Dauer. - Wie können Sie solchen Opfern helfen? Was können Sie als ezra dazu beitragen, dass diese Abkehr vom gewohnten Sozialverhalten und damit eine Einschränkung der eigenen Freiheit nicht stattfinden? Können Sie da begleiten und unterstützen, oder ist da wenig Hilfe möglich?

Auskunftsperson Christina Büttner: Wir können da begleiten und unterstützen, auch und besonders immer dann, wenn die Betroffenen sagen: Das ist genau das, was wir wollen. - Wir machen gerade in solchen Fällen, wo die Gefährdung im näheren Umfeld noch weiter besteht, auch eine Gefahrenanalyse. Das Wichtigste ist ja, die Person zu schützen und zu schauen, was sie will.

In dem geschilderten Fall wollte die junge Frau ihre Ausbildung fortsetzen. Es gab einen Schutz innerhalb dieses Krankenhauses, der sie natürlich sehr eingengt hat. Sie hatte Solidarität in diesem Bereich. Das ging aber bis in eine Einengung hinein. Weiteres war in dem Fall nicht möglich. Sie hat sich das auch nicht getraut; sie hatte selber zu viel Angst, wieder hinauszugehen.

Möglich wäre in einem solchen Fall, wenn der entsprechende Wille der Betroffenen und - das ist auch ganz wichtig - der Wille in dieser Gemeinde, in dieser Stadt, in der das geschieht, vorhanden ist, sich damit aus-

einanderzusetzen, es öffentlich zu machen, mit politisch Verantwortlichen zu diskutieren, zu schauen, was das Problem ist, zusammen mit dem Jugendamt, je nachdem, woher die Täter zu kommen, also zu schauen, wo die Problematik liegt. Das ist natürlich ein langer Weg; aber da kann man sehr viel tun, und das liegt auch in den Möglichkeiten der Opferberatung, wenn sie dafür einen Auftrag und eine Handlungsgrundlage hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Sönke Rix.

Sönke Rix (SPD): Vielen Dank, auch Ihnen beiden vielen Dank - Frau John ist der Dank schon ausgesprochen worden - für Ihr Engagement für die Opfer, vielleicht nicht konkret für die Opfer unserer Fälle. Aber wir wollten bewusst ein wenig über den Teller- rand hinausgucken und uns die allgemeine Situation von Opfern und Angehörigen der Opfer schildern lassen. Thüringen war ein Beispiel, Herr Schipanski; Thüringen hat es jetzt ein bisschen getroffen. Wir wollen an dieser Stelle auch kein allgemeines Polizeibashing betreiben; aber die negativen Fälle sind natürlich diejenigen, die uns eher interessieren. Das, was gut läuft, muss nicht aufgeklärt werden. Also erst einmal vielen Dank für Ihre Äußerungen.

Frau Büttner, Sie sind ja mit anderen Bundesländern vernetzt. Deshalb würde mich noch einmal Ihr Blick über den Teller- rand interessieren, und zwar zur Rolle des Opfers, die, wie wir jetzt bei allen drei Äußerungen gehört haben, manchmal eher in die Täterrolle übergehen kann, dass man sich also plötzlich denkt: „Wieso werde ich denn jetzt eigentlich gefragt, warum ich zu der Zeit an dem Ort war?“ oder - wie Sie vorhin geschildert haben -: „Wieso muss ich mich denn jetzt rechtfertigen, dass ich am Bahnhof gewesen bin?“ Ist das ein Phänomen, das Ihnen häufiger begegnet? Glauben Sie, das liegt eher daran, dass die Polizeiarbeit an der Stelle vielleicht nicht richtig aufgeklärt ist? Glauben Sie, das ist eine allgemeine Sache, oder ist es etwas Spezifisches, was gerade bei Opfern von rechtsextremer Gewalt eine Rolle spielt?

Auskunftsperson Christina Büttner: Bei Opfern rechtsextremer Gewalt ist es so, beispielsweise bei Menschen, die zum Beispiel politisch aktiv sind und sich auch gegen

rechte Bewegungen in einer Region starkmachen, zum Beispiel Demonstrationen anmelden oder sich wehren. Ich nenne einmal ein Beispiel: In Gera findet seit zehn Jahren die größte Rechtsrockveranstaltung Deutschlands mit dem Namen „Rock für Deutschland“ statt. Das wird immer von der NPD angemeldet. Im Vorfeld dieser Veranstaltung hat sich in den letzten Jahren ein immer größerer Protest aus der Zivilgesellschaft herausgebildet. Es wird mit unterschiedlichen Mitteln versucht, die Dominanz der rechten Szene zurückzudrängen, die sich in einer bestimmten Zeit des Jahres in der Stadt breitmacht. Man merkt im Vorfeld immer schon, dass es ganz viele Angriffe auf Einrichtungen von Demokraten und von bestimmten Initiativen und Vereinen gibt, die sich für eine Weltoffenheit aussprechen, und auch auf Parteibüros demokratischer Parteien. Es gibt Bedrohungen gegenüber Menschen, bis hin zu Morddrohungen und körperlichen Angriffen. In dieser Zeit gibt es auch immer viele Verletzte.

Wenn das Menschen trifft, die der Polizei vielleicht aus häufigeren Demonstrationen bekannt sind, dann kann es auch einmal sein, dass da ein gewisses Vorurteil herrscht, das besagt: Ja, das ist ja jemand, der uns bekannt ist, den wir dort öfter sehen, oder jemand, gegen den vielleicht schon einmal Ermittlungen angestrebt worden sind, der jedoch ein wichtiger Partner auch im Kampf den Rechtsextremismus ist und der auch ein Ansprechpartner vor Ort ist. Solche Menschen sind häufiger davon betroffen, wenn sie denn auch Opfer werden, sozusagen gleich in die Täterrecke gestellt zu werden, und zwar in einem Zusammenhang, in dem das überhaupt nicht der Fall ist. Das ist eine Ausprägung, die uns häufiger begegnet.

Eine andere Ausprägung ist, dass zum Beispiel Betroffenen gegenüber, die sich als Punk zu erkennen geben und sich so kleiden, also in einer bestimmten alternativen Form, die in der Mehrheitsgesellschaft mehr oder weniger geachtet und anerkannt ist, von der Polizei, von Ermittlungsbehörden, manchmal auch vor Gericht geäußert wird: „Ja, wenn Sie so aussehen, müssen Sie sich auch nicht wundern“ oder: „Warum können Sie sich denn nicht normal verhalten?“. Das ist ein Vorwurf, den wir häufig im Zusammenhang mit sekundärer Viktimisierung selbst in den eigenen Familien erleben und der auch von Ermittlungsbehörden und manchmal auch von Gerichten geäußert

wird. Damit wird auch eine Teilschuldfrage an den Betroffenen festgemacht, was nicht angemessen ist, wenn sie Opfer geworden und verletzt worden sind, zum Teil erheblich verletzt worden sind.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn das völlig getrennt gesehen werden würde. Diesbezüglich geschehen viele Verletzungen, die schwer zu verkraften sind und die mit einer Begleitung und mit einer nachträglichen Besprechung manchmal ein bisschen einfacher sind, die aber trotzdem tief sitzen.

Sönke Rix (SPD): Frau Linke, mich würde Ihre Sicht noch einmal interessieren. Sie haben vielleicht auch eine breitere Herangehensweise, weil Sie ja nicht - in Anführungszeichen - nur Opfer der rechtsextremen Gewalt beraten, sondern eben auch andere. Denken Sie, dass es Unterschiede bei der Frage gibt, ob ein Opfer eventuell auch in eine Täterrolle fallen kann? Gibt es da Beschwerden, dass man sagt: „Ich bin doch das Opfer“? Ist das ein allgemeines Phänomen?

Auskunftsperson Martina Linke: Ich will darauf vielleicht einmal anhand eines anderen Opferfalls, der öffentlich geworden ist, eingehen. Das ist der Entführungsfall von Herrn Oetker, der ja auch selber recht offen über die Situation gesprochen hat. Als die Tat stattgefunden hat, als er praktisch in dieser Holzkiste verbleiben musste, hat er seine Sinne geschärft und hat sich überlegt, was er sich alles merken muss, welche Geräusche, welche Gerüche, wie die Kiste aussieht, wann sie wo wie bewegt wird, welches Motorgeräusch da sein könnte. Er hat sich, wenn er das überlebt, vorgenommen, das aktiv darzustellen, und hat versucht, den Täter zu manipulieren. Er hat also während der ganzen Zeit versucht, eine gewisse Aktivität während der Tat durchzuführen. Seine damalige Ehefrau hat sich dieser ganzen Situation gegenüber völlig ohnmächtig, total ausgeliefert und auch überfordert gefühlt.

Ich glaube, das sind die wesentlichen Unterschiede: Wenn wir Opfer haben, die noch in ihrer Viktimisierung für sich eine Aktivität beschließen und diese auch durchführen, dann können diese Menschen damit umgehen, dass man ihnen auch ein gewisses Misstrauen entgegenbringt und sie natürlich merken, dass in alle Richtungen ermittelt wird. Wenn es aber Menschen sind, die überhaupt nicht frei agieren können, weil

sich plötzlich, wenn eine Entführung stattfindet, eine Hierarchie von Polizei in den eigenen vier Wänden befindet, die Aktion übernimmt, wenn eine gewisse Hilfslosigkeit da ist und wenn dann durch die ganz normalen Ermittlungen auch ein Misstrauen gegenüber diesen Opfern einsetzt, dann findet eine Verweigerung statt. Wenn das nicht aufgebrochen und erklärt wird, dann hat auch die Polizei nichts gewonnen in ihrer Ermittlungstätigkeit. So möchte ich das vielleicht einmal als Unterschied darstellen.

Sönke Rix (SPD): Frau John hat vorhin ein Beispiel aus Irland genannt, wo es eine unabhängige Kommission, eine Ombudsstelle, gibt, an die man sich wenden kann. An Sie beide die Frage: Halten Sie so etwas für sinnvoll? Glauben Sie, genau das fehlt hier? Oder sehen Sie hier andere Stellen, die das schon erledigen?

Auskunftsperson Christina Büttner: Ich glaube, es wäre hilfreich, jetzt und in Zukunft genauer hinzuschauen. Wir haben ja jetzt die rassistischen Tathintergründe. Es ist schwer, jetzt sofort neue Ideen zu entwerfen, wie es anders werden soll. Ich denke, ganz wichtig ist es, erst einmal eine ganz gründliche Analyse zu machen und zu schauen: Woran fehlt es? Woran hat es in diesen Fällen gefehlt, an denen wir jetzt wirklich so sehr leiden, dass es so weit gekommen ist? Wie kann so etwas in Zukunft - auch im Kleineren - verhindert werden?

Für mich ist auch der Maßstab, dass nicht erst bei diesen ganz schlimmen Taten gehandelt wird. Der Maßstab sind auch die alltäglichen Geschichten, auch diejenigen, die sich immer wiederholen. Wir müssen also nicht nur in diesen ganz schlimmen Fällen hinschauen, sondern wir müssen insgesamt hinschauen. Alle Akteure, die da sind und die etwas dazu beitragen können, müssen gemeinsam eine gute Analyse betreiben. Ich finde, das ist eine gute Grundlage, um hier erst einmal anzufangen und um dann zu überlegen, wie man jetzt ganz zielgerichtet vorgehen kann. Da darf es keine Tabus geben, sondern es muss geschaut werden: Wo sind wirklich Defizite vorhanden, und was muss - auch ohne Rücksicht auf vielleicht manche Befindlichkeiten - angegangen werden?

Auskunftsperson Martina Linke: Ich kann mich da nur meiner Vorrednerin an-

schließen. Ich finde, wir haben viele Instrumente, mit denen polizeiliches Fehlverhalten, wie es hier genannt wird, angezeigt werden kann: Petitionsausschuss, Beschwerdestellen. Wir haben auch Clearingstellen in verschiedenen Bundesländern, zu denen wir gehen können, wenn mit Opfern von Straftaten nicht adäquat umgegangen wird. Ich bin noch im Zweifel, ob solch eine Stelle wirklich effizient ist.

Auskunftsperson Christina Büttner: Darf ich noch kurz etwas dazu sagen? - Eine kurze Einwendung hätte ich noch in diesem Fall. Ich glaube, es wäre auch ganz wichtig, sich in unserem Land noch einmal damit auseinanderzusetzen, was Rassismus bedeutet und wie er sich auswirkt. Rassismus kommt nicht nur in rechtsextremen Denkstrukturen vor, sondern setzt auch schon sehr viel früher ein. Er findet sich bei allen Behörden und Institutionen, bei Mitarbeitern in ganz unterschiedlichen Institutionen. Ich glaube, wir müssen uns in der breiten Gesellschaft auch dieser Diskussion stellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich frage jetzt einmal im Rahmen des Zeitkontingents der SPD-Fraktion; es sind noch zwei Minuten übrig. Das hilft am Ende uns allen, Zeit zu sparen. Ich hätte eine Frage an Frau Linke und an Frau John.

Frau Linke, Frau John hat vorhin im Gespräch mit uns gesagt, sie könne sich als eine der Schlussfolgerungen aus ihren eigenen Beobachtungen im Zusammenhang mit den Opfern oder Angehörigen vorstellen, dass man rechtlich vorschreibt, dass bei Delikten, die Menschen mit Migrationshintergrund betreffen, automatisch immer geprüft werden muss, ob es einen rassistischen Hintergrund geben könnte. Würden Sie diese Forderung teilen?

Frau John, warum gehen Sie davon aus, dass eine solche Norm notwendig wäre? Ist das nicht selbstverständlicher Teil der Polizeiarbeit, in die sogenannten allgemeinen oder in alle Richtungen zu ermitteln? - Zunächst Frau Linke, dann Frau John.

Auskunftsperson Martina Linke: Ich gehe davon aus, dass die Polizei in unseren Ländern in diese Richtungen ermittelt. Sofern die Medien den Ermittlungsbehörden Raum gegeben haben, haben sie ja gesagt, es liege eben kein Bekennerschreiben vor; das sei bisher ein wichtiges Indiz gewesen, in

politischen, extremistischen Räumen zu denken. Das jetzt per se zu fordern, schadet sicherlich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und was würde es helfen, Frau John?

Auskunftsperson Barbara John: Wir haben ja gesehen, dass es nun leider nicht so war, sondern es war genau andersherum. Wir wissen, dass Standardoperationen sozusagen das Alltagsgeschäft sind. Wenn es zum Standard gehört, dann wird es gemacht. Gehört es nicht zum Standard, kommt es darauf an, ob jemand nachdenkt, ob er Zusammenhänge sieht. Dabei kommt es dann auf die Qualität seiner Professionalität an, und die ist manchmal so und manchmal so.

Ich würde es zu einer Standardoperation machen. Ich kann mich erinnern - ich weiß nicht, wer von Ihnen das noch weiß -, dass der damalige Innenminister Schily das grundsätzlich ausgeschlossen hat. Es kam natürlich immer wieder vor, dass zuerst gequackelt wurde: Aha, ein Einwanderer hat eine Gewalttat erlitten. Das könnte sein. - Dann kam heraus, dass natürlich ein Einwanderer selber auch Gewalttäter sein kann und in einem ganz normalen Streit Beteiligter sein kann, sodass das dann als Standarddenkmuster ausgeschieden ist. Aber nach diesen Ereignissen kann man einfach nicht mehr so vorgehen. Da muss man etwas Neues zum Standard erheben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die FDP-Fraktion, und zwar der Kollege Tören.

Serkan Tören (FDP): Auch von uns noch einmal, Frau Linke und Frau Büttner, herzlichen Dank für Ihre Arbeit und Tätigkeit.

Wir haben vorhin die interkulturelle Ausbildung von Ermittlungsbeamten, von Polizeibeamten angesprochen. Wie sieht es denn bei Ihnen mit der Beratung aus? Werden Ihre Berater denn auch für die interkulturelle Beratung sensibilisiert?

Auskunftsperson Martina Linke: Unsere Opferhelfer werden sensibilisiert, insbesondere für die Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir haben zurzeit gerade im Weißen Ring ein neues Seminar zum Thema häusliche Gewalt aufgelegt, wo das noch einmal Thema ist. Es gibt in einzel-

nen Bundesländern Initiativen, auch die vorhandenen Strukturen der einzelnen Communities in die Opferberatung einzubeziehen. Natürlich gibt es auch Opferhelfer, die einen Migrationshintergrund haben.

Auskunftsperson Christina Büttner: In unserem Beratungskontext ist es ganz klar ein Standard, sich damit auseinanderzusetzen. Teilweise sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst in diese Arbeit einbezogen, dass sie also diese Präventionsarbeit auch aus der Sicht der Arbeit heraus begleiten.

Serkan Tören (FDP): Dann habe ich eine Frage an Frau Büttner. Wird Ihre Initiative eigentlich von Rechtsextremisten beobachtet oder auch bedroht?

Im Anschluss daran - ich hatte vorhin vergessen, diese Frage an Frau Professor John zu stellen -: Wie ist es eigentlich mit den Familienangehörigen? Gibt es da aktuell konkret irgendwelche Bedrohungen aus rechtsextremistischen Kreisen? Haben Sie dazu irgendetwas gehört, oder gibt es solche Bedrohungen nicht?

Auskunftsperson Christina Büttner: Bisher gab es eigentlich keine klaren Bedrohungen. Es gibt Diffamierungen im Internet. Es wird manchmal sehr zynisch kommentiert, aber direkte Bedrohungen gegen Mitarbeiterinnen von ezra gab es noch nicht. In anderen Bundesländern gab es schon Bedrohungen von Opferberatern, aber wir hatten es bisher nicht.

Auskunftsperson Barbara John: Von Bedrohungen ist mir nicht berichtet worden. Berichtet wurde aber, dass es nach den Taten, als die Taten in der lokalen Presse eine große Rolle gespielt haben und große Aufmerksamkeit erregten, zum Teil mitfühlende, aber vor allem auch hämische Briefe gegeben hat: „Na ja, so ist das eben bei denen.“ Ich habe ja von einem Fall in Köln berichtet, wo ein Opfer jeden Tag mit rechtsradikalem Gruß empfangen wird.

Serkan Tören (FDP): Dann wird mein Kollege Patrick Kurth jetzt weitermachen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank. - Mein Name ist Patrick Kurth. Ich komme auch aus Thüringen.

Ich möchte im Anschluss an das, was Kollege Schipanski gesagt hat, noch einmal eine Frage zur Gewaltkriminalität stellen. Wir haben in Thüringen eine relativ hohe Anzeigebereitschaft. Rechtsextreme Taten sind zumeist in aller Regel ja keine Kriminalstraf-taten, Gewalttaten. Die Anzeigebereitschaft ist erheblich. Im Bundesdurchschnitt liegen wir bei der Gewaltkriminalität noch unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist einerseits ein Zeichen dafür, dass das in Thüringen sehr ernst genommen wird. Auf der anderen Seite liegt die Aufklärung bei über 80 Prozent. Normalerweise haben Straftaten eine Aufklärungsquote von etwa 50 Prozent, sagt man.

An den Weißen Ring in diesem Kontext die Frage: Wie beraten Sie denn, wenn Sie, wie Sie gesagt haben, Ihre Opfer von Anfang an beraten und merken, es handelt sich mutmaßlich oder offensichtlich um einen rechtsextremen, fremdenfeindlichen Vorfall? Übermitteln Sie das regelmäßig automatisch auch an die Ermittlungsbehörden, oder raten Sie dem Opfer, das zu machen?

Wenn Sie sagen, es gebe manchmal auch gar keinen Kontakt zu Ermittlungsbehörden - in einzelnen, wenigen Fällen -, stellt sich die Frage - auch an den Gesetzgeber -: Sollte so etwas aus Ihrer Sicht vielleicht normiert werden? Sollte es eine Routine geben, dass so etwas immer übermittelt werden muss bzw. dass die Behörden immer sofort eingeschaltet werden?

Auskunftsperson Martina Linke: Wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, möchten Sie wissen, ob wir Opfer dazu bewegen, bei der Ermittlungsbehörde eine Anzeige zu erstatten. Zumindest in der Opferberatung wird dieses Szenario, wenn keine Anzeige erstattet worden ist, behandelt. Aber das Opfer entscheidet, ob es eine Anzeige macht oder nicht, und das sollte auch in der Entscheidung des Opfers liegen. Natürlich ist der Standpunkt - das ist ganz logisch -, dass man eine solche Tat anzeigen sollte. Aber es ist immer noch der eigene freie Wille des jeweiligen Opfers, ob es das tut oder nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie zeigen selber nicht an?

Auskunftsperson Martina Linke: Wenn ich eine Opferberatung durchführe, dann

sage ich den Opfern, dass ich Polizeibeamtin bin und dass ich, wenn mir eine Straftat zur Kenntnis gelangt, verpflichtet bin, sie anzuzeigen. Ich persönlich zeige sie also dann an, wenn ich in eine solche Situation kommen würde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und wenn ein Opfer nicht das Glück hat, mit einer Kriminalhauptkommissarin zu sprechen?

Auskunftsperson Martina Linke: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob es ein Glück für das Opfer ist, wenn die Tat dann angezeigt würde. Ich muss Ihnen sagen, Herr Abgeordneter, aus Opfersicht ist sehr differenziert zu betrachten, ob man eine Anzeige erstattet oder nicht. Ich betone das noch einmal: aus Opfersicht, nicht aus der Sicht einer Polizeibeamtin.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie müssen uns ja helfen, die Dinge richtig einzuschätzen, weil wir daraus am Ende wieder Schlüsse ziehen wollen.

Auskunftsperson Martina Linke: Ich denke, dazu könnte vielleicht Frau Büttner etwas sagen. Sie wartet schon sehnsüchtig drauf.

Auskunftsperson Christina Büttner: Herr Kurth, wenn ich darf, würde ich darauf gerne etwas erwidern. - Es gibt durchaus Gründe, die Menschen daran hindern können, eine Anzeige erstatten zu wollen, und die, wenn man es objektiv betrachtet, auch ganz gut verständlich sind. Zum Beispiel ist es so: Wenn jemand eine Anzeige erstattet, wird das in die Akten aufgenommen. In der Ermittlungsakte erscheinen Name und Adresse desjenigen, der die Anzeige erstattet und der in diesem Fall Zeuge ist. Im Ermittlungsverfahren sind die Betroffenen dann auch Zeugen. Wenn jemand beschuldigt wird, hat er die Möglichkeit, einen Anwalt zu bekommen und je nachdem, wie hoch die Straferwartung ist, unter Umständen auch einen Pflichtverteidiger zu bekommen. Der hat Akteneinsicht, und über diese Akteneinsicht kann es geschehen, dass der Täter, der Tatverdächtige, erfährt: Wer ist der Zeuge? Wer hat mich angezeigt? Oder vielleicht ist die Konstellation auch schon von vornherein ganz klar, weil allein schon durch das, was

angezeigt wird, ganz klar ist, wer diese Anzeige gemacht hat.

Wenn das im sozialen Nahraum ist und wenn es vielleicht eine Gruppe in einem Dorf ist, die immer wieder angreift und die jemanden auch unter Druck setzt, dann ist die Situation für den Betroffenen unter Umständen sehr gefährlich. Die Polizei kann auch nichts machen, wenn es nur eine bedrohliche Situation ist. Solange nichts passiert ist, wird Ihnen jeder Polizeibeamte sagen, dass er nicht viel machen kann. Das muss man also immer im Einzelfall betrachten. Es gibt durchaus sachliche Gründe, die Menschen dazu bewegen können, erst einmal von einer Anzeige abzusehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich möchte jetzt ausdrücklich nicht missverstanden werden, wenn ich dieses sensible Thema anspreche: Wie ist es denn, wenn Sie den Verdacht haben, es liegt eine falsche Verdächtigung vor, also wenn sich im Laufe des Gesprächs bzw. der Beratung ergibt, dass mutmaßlich doch keine politische Gewaltkriminalität stattgefunden hat oder wie auch immer? Gibt es solche Fälle, und wie gehen Sie damit um? Diese Frage ist an beide gerichtet.

Auskunftsperson Christina Büttner: Wenn jemand zur Opferberatung kommt, dann ist die Darstellung des Opfers erst einmal die Wahrnehmung, die der Betroffene hat, und die wird ernst genommen. Bei jedem Betroffenen, der kommt, wird erst einmal seine Schilderung ernst genommen. Die Opferberatung ist keine Ermittlungsbehörde und hat auch gar keine Möglichkeiten, irgendetwas im Sinne der Strafverfolgung zu machen. Sie agiert auch nicht als Ermittlungsbehörde. In diesem Zusammenhang nehmen wir natürlich erst einmal jeden ernst.

Natürlich ist es so: Das ist die Wahrnehmung eines Menschen; das ist eine begrenzte Wahrnehmung einer Situation. Es gibt immer so viele Wahrnehmungen einer Situation, wie Menschen diese Situation erleben. Die Wahrnehmung kann aus einer anderen Perspektive durchaus ganz anders aussehen. Das spielt aber für uns erst einmal keine vordergründige Rolle.

Auskunftsperson Martina Linke: Dem kann ich mich nur anschließen. Den Opfern, die zum Weißen Ring kommen, wird zuerst geglaubt, und ihr Anliegen wird ernst ge-

nommen. Wir gehen nicht davon aus, dass Opfer zu uns kommen, um uns eine Straftat vorzutäuschen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das war ja auch nicht die Frage, sondern die Frage ist: Wie gehen Sie damit um, wenn es anders aussehen sollte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Frau Büttner, Sie hatten vorhin in Ihren Eingangsmerkungen noch einmal die Situation der Opferberatung in den ostdeutschen Bundesländern und in den westlichen Bundesländern dargestellt. In diesem Zusammenhang wurde ja auch deutlich, dass sich das Ganze im Allgemeinen im Sinne von Projekten abspielt, die immer wieder neu konstituiert werden müssen, die beantragt werden müssen und für die entsprechende Förderstrukturen geschaffen werden müssen. Deshalb jetzt noch einmal eine grundsätzlichere Frage: Wie würden Sie sich aufgrund Ihrer ersten Erfahrungen mit ezra, aber auch mit Blick auf die Bundesrepublik denn eine Verstetigung dieser offensichtlich notwendigen und auch spezialisierten Arbeit, was den Rechtsextremismus betrifft, vorstellen?

Auskunftsperson Christina Büttner: Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, dann würde ich mir wünschen, dass es in allen Bundesländern Opferberatungen gibt, und zwar in allen Bundesländern ungefähr vergleichbar, dass also in jedem Bundesland Betroffene von rechter, rassistischer, antisemitischer, homophober oder anderer Gewalt, die aus gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit heraus begangen wird, die Möglichkeit haben, dort eine Anlaufstelle zu finden, und dass auch das Monitoring in allen Bundesländern geschieht. Die Langfristigkeit ist für einen wirklichen Erfolg der Arbeit sehr wichtig.

Wenn ein Betroffener kommt, dann ist er froh, dass er eine Anlaufstelle gefunden hat und dass er Menschen gefunden hat, die ihn über die Zeit eines Ermittlungsverfahrens und Gerichtsverfahrens begleiten. Das kann sich durchaus über zwei Jahre erstrecken. Manchmal, wenn es Hinterbliebene von ganz schweren Gewaltstraftaten - bis hin zum Mord - gibt, kann das noch viel mehr Jahre

dauern. In solchen Fällen ist es ganz wichtig - sonst würde man die Menschen auch fallen lassen -, dass sie die Sicherheit haben können, dass diese Anlaufstelle und diese Menschen, die sie begleiten können, auch dann noch da sind, wenn es noch schwieriger wird, und dass eine Hilfe nicht plötzlich wegbricht. Im Sinne der Betroffenen ist es sehr wichtig, dass es da eine Verstetigung gibt.

In Bezug auf die Fachlichkeit der Arbeit - ich kann es nur für Thüringen sagen - ist zu sagen: Wenn es da häufigere Wechsel gibt oder wenn die Kontinuität nicht so richtig hergestellt ist, dann ist natürlich auch die Fachlichkeit gefährdet. Wir haben das Problem in den jetzt anfangenden Projekten auch in den westlichen Bundesländern, dass die nur dann wirklich wirksam werden können, wenn sie auch eine gewisse Verstetigung erfahren und wissen, dass sie jetzt für eine Zeit da sind und die Arbeit entwickeln können.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke schön. - Ich würde gerne Frau John noch einmal die Möglichkeit geben, uns auch vor diesem Hintergrund ihre Idee zu dem Ausbau der Beratungsstellen und auch zu Präventionsagenturen doch noch einmal etwas genauer zu umreißen. Nach allem, was ich heute gehört habe, wäre das natürlich auch nur eine Option, wenn klar ist, dass es nicht in einem halben Jahr oder in einem Jahr nach Durchlauf des Finanzierungsrhythmus wieder endet, und zwar mit der Folge, dass das Wissen, das es dort gibt, und der Erfahrungsschatz nicht mehr transferiert werden können. Frau John, könnten Sie für uns noch einmal Ihre Idee der Präventionsagentur umreißen und darstellen, was dort passieren könnte?

Auskunftsperson Barbara John: Mein Ausgangsgedanke ist der, dass die Opferberatungsstellen schon tiefer als der Durchschnittsbürger in Entstehungsmotivationen, in Kreise, in Lebenslagen von Tätern, in ein bestimmtes Denken, in ein Feindbilddenken und dergleichen mehr eingedrungen sind und dass sie das natürlich sehr prädestiniert, auch im Präventivbereich tätig zu sein; denn dass der Präventivbereich der wichtigere und eigentlich der entscheidende ist, ist, so glaube ich, uns allen klar. Wir wollen keine Opfer haben, sondern wir wollen verhindern, dass es Opfer gibt.

Wie ich von Ihnen, Frau Büttner, und auch vom Weißen Ring gehört habe, wird es auch schon so gemacht, dass man das ausbaut und dass man dort dann vielleicht auch leichter zu einer stabileren Förderung kommen kann; denn so etwas wie politische Bildung und Demokratieförderung sind ja alles Ziele, die auch von anderen Stellen finanziert werden. Das könnte man ja miteinander verbinden. Ich stelle mir auch vor, dass viele Finanziere sagen: Vielleicht gibt es ja gar keine Opfer. Die ziehen die Opfer ja an. Wenn wir eine Opferberatungsstelle haben, dann wird es auch Opfer geben. - Das kann man bei einer Präventionsstelle nun weiß Gott nicht sagen. Aber wenn das kombiniert ist, ist das vielleicht für die Wirksamkeit dieser Stelle und für die Stabilität besser.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich würde gerne auch von Frau Linke genau zu diesem Ansatz, also zu der Verbindung von Beratung, auch spezifischer Opferberatung in spezifischen Deliktfällen, und Prävention, noch einmal eine Meinung hören.

Auskunftsperson Martina Linke: Ich finde es ganz wichtig, dass sich Opferhilfeorganisationen, -einrichtungen und -projekte auch mit Prävention beschäftigen. Im Weißen Ring ist das ja schon im Vereinsnamen verankert, der da lautet: „Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten“.

Ich denke, es geht nur gesamtgesellschaftlich. Es geht mithilfe von Opferhilfeeinrichtungen. Es muss durch Politik und durch professionelle Arbeit auch von Ermittlungsbehörden unterstützt werden. Jeder hat seinen Anteil an einer guten Kriminalprävention, die sehr wohl auch mit Toleranzfähigkeit und Demokratieverständnis gepaart sein muss.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat jetzt für die Grünen-Fraktion der Kollege Wieland das Wort.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich würde meine Fragen gerne zusammengefasst an die Sachverständigen stellen, damit es von uns aus nicht noch eine Berliner Runde geben muss. Ich würde Sie dann bitten, jeweils maximal zwei Minuten zu antworten; ich

würde also meine Zeitnot an Sie weitergeben.

Frau John, Sie sagten, es wäre sehr wichtig, dass auch die Opfer hier im Ausschuss reden können, also angehört werden. Wir haben dazu noch keine Meinungsbildung im Ausschuss. Könnten Sie uns noch einmal aus Ihrer Sicht sagen, warum?

Von Frau Büttner würde ich gerne Folgendes wissen: Sie haben einige Fälle geschildert, wo das polizeiliche Verhalten durchaus fraglich war. Nun weiß ich, um hier die Thüringen-Fraktion zu beruhigen, zum Beispiel von Weimar, dass es dort ein sehr gutes Verhältnis von Polizei und Zivilinitiativen in Form von runden Tischen gibt. Das wurde mir sehr positiv geschildert. Hatten Sie als Opferberatungsstelle die Möglichkeit, einmal gegenüber einem Polizeipräsidenten oder gegenüber einem Ministerium vorzutragen, dass Sie diejenige Art der Behandlung, die Sie uns zum Teil ja geschildert haben, nicht richtig finden? Und was war die Reaktion darauf? Gab es Einsicht? Gab es Entschuldigungen? Könnten Sie uns das schildern?

An Frau Linke die Frage: Drei von den neun Fällen von ermordeten Ladeninhabern wurden von Ihnen betreut. Können Sie uns sagen, welche drei? Können Sie die Tatorte nennen? Können Sie uns sagen, ob es eine Erklärung gibt, warum die und die anderen nicht, außer der: „Die einen haben sich an uns gewandt“? Es könnte ja auch sein, dass Ihre Regionalgruppen an einem Ort besonders aktiv sind und am anderen nicht so. Gibt es also eine Erklärung dafür, dass von neun Opferfällen drei von Ihnen betreut wurden, und warum gerade die?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau John bitte zuerst.

Auskunftsperson Barbara John: Herr Abgeordneter Wieland, warum erscheint mir das wichtig? Einfach deshalb: Wenn die Opfer da zustimmen, dann werden sie aktiv, dann treten sie in gewisser Weise aus der Opferrolle heraus und sind überzeugt - und das tun sie ja auch -, dazu beizutragen, dass die Vorgänge erhellt werden und dass diese Art der Befragung, diese Art von einseitiger Ermittlung vielleicht weniger oder gar nicht mehr vorkommt. Ich glaube, dass es wichtig für sie ist, einfach wieder aktiv zu werden.

Ich sehe die Probleme. Die habe ich in gewisser Weise auch. Ich glaube, dass es

das Beste wäre, wenn man sie einfach erzählen ließe, an was sie sich aus diesen Befragungen erinnern und was es mit ihnen und ihrem Umfeld gemacht hat. Das ist ganz wichtig, weil wir darüber alle viel zu wenig wissen und weil wir alle uns gar nicht vorstellen können, was es bedeutet. Wir wissen ja aus der Forschung, dass die sozialen Netze von Migranten sehr klein sind, und wenn diese sozialen Netze zerreißen, dann hängt man in der Luft, dann ist man niemand mehr in der Community. Ich denke, dass es für die Polizei, die auch in Zukunft wieder Ermittlungen führen wird, einfach wichtig ist, zu erfahren: Was hat es angerichtet?

Auskunftsperson Christina Büttner: Zu Ihrer Frage an mich: Es gab schon Gespräche, zum Beispiel in Gera und in Weimar. Es gab auch schon Gespräche hinsichtlich von Problemen, die ich geschildert habe. Diese Probleme liegen auf ganz unterschiedlichen Ebenen, manchmal im Verhalten von einzelnen Beamten. Dann kommt es manchmal auch zu Dienstaufsichtsbeschwerden oder ähnlichen Vorgehensweisen, die dann zum Beispiel mit den Dienststellenleitern abgesprachen werden. Es ist oft gut möglich, auch zu dem Kern des Problems vorzudringen.

Es ist auch durchaus so, dass leitende Beamte von Polizeidienststellen wissen, dass es Probleme innerhalb der Beamtenschaft gibt, und dass in solchen Einzelfällen oft konstruktiv damit umgegangen werden kann. Manchmal ist es allerdings auch so, dass man nicht auf offene Türen stößt und dass es schwierig ist. Das heißt also, dass ein längerer Prozess ansteht oder dass Betroffene das auch nicht unbedingt thematisiert haben möchten. In solchen Fällen sind uns dann auch gewisse Grenzen gesetzt. Aber in vielen Fällen gibt es eigentlich ganz positive Erfahrungen. Das ist ein Weg der kleinen Schritte; sagen wir es einmal so.

Auskunftsperson Martina Linke: Den mir zur Verfügung stehenden Unterlagen kann ich entnehmen, dass Opfer in Köln, München, Dortmund und Hamburg betreut worden sind. Ich kann aus dem einen Fall, wo es eine öffentliche Erklärung von der Familie Simsek gibt, sagen, dass die Mutter auf keinen Fall Hilfe haben wollte, von niemandem, auch nicht vom Weißen Ring. In den anderen Fällen habe ich dafür keine exakte Erklärung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herzlichen Dank. - Ich hatte vorab bei den Fraktionen nachgefragt, ob Bedarf nach einer weiteren Berliner Runde oder nach einzelnen Fragestellungen besteht. Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich mich ganz herzlich bei den drei Sachverständigen für ihr Kommen und für die Bereitschaft, hier Auskunft zu geben und mit uns das Gespräch zu führen, bedanken.

(Beifall)

Herr Wolff, bitte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Noch zu dem wichtigen Anliegen von Ihnen, Frau Professor John. Wir haben gerade über die Bundesregierung klären können, dass Ihnen das Schreiben hinsichtlich der Nichtanrechnung von Sozialleistungen im Zusammenhang mit dem Opferfonds in den nächsten Tagen zugeht. Das Bundesarbeitsministerium als zuständiges Ministerium hat uns jetzt über das Bundesjustizministerium zugesagt, dass Ihnen das Schreiben zugeht und dass die Angehörigen entsprechend keine Sorge haben müssen, dass die Anrechnung erfolgt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist eine erfreuliche Information, Herr Kollege Wolff. Ich hoffe, sie kommt nicht alleine deshalb zustande, weil sich Mitglieder aus dem Ausschuss dafür eingesetzt haben. Ich gehe nämlich davon aus, dass eine Ombudsfrau, die von der Bundesregierung eingesetzt wird, von der Bundesregierung auch rückhaltlos und energisch unterstützt wird.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Machen Sie sich keine Gedanken. Die Bundesregierung handelt richtig. Aber wir haben noch einmal nachgefragt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das wollen wir jetzt nicht vertiefen, sonst sind wir nämlich nicht am Ende der heutigen Anhörung.

Wir sind also am Ende der Sitzung. Ich berufe die nächste Beratungssitzung für Donnerstag, den 22.03.2012, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.33 Uhr)